

Der Textil-Arbeiter

Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin O 34, Memeler Straße 8-9, Fernsprecher Schönigstadt 1066, 1076 und 1262. Die Zeitung erscheint jeden Freitag. Telegramm-Adresse: Textilpraxis Berlin. Verbandsgebäude sind an Otto Sehm, Berlin O 34, Memeler Straße 8-9 (Postfachkonto Berlin Nr. 5386), zu richten



Bezugspreis, nur durch die Post, vierteljährlich 6 Mark. Anzeigenannahme: „Werba“, Gesellschaft für Anzeigen und Verlagswesen m. b. H., Berlin SW 11, Stresemannstraße 48. Anzeigenpreis: Die zehngespaltene Millimeterzeile 90 Pf. Bei größeren Abschlüssen Rabatt, der nur als Kassarabatt gilt. Tel.-Nr.: „Werba-Blätter“ Berlin

Nummer 18

Berlin, den 11. April 1930

42. Jahrgang

Die Planlosigkeit der kapitalistischen Wirtschaft

Dargestellt von Vertretern der Textil-industriellen

Es ist eine mißliche Sache, wenn Textil-industrielle und ihre Syndikats über die Not der Textilwirtschaft an der gleichen Stelle schreiben, ohne daß der eine weiß, was der andere geschrieben hat. Da kann allerhand Erbauliches herauskommen. Die „Allgemeine Zeitung Chemnitz“ hat eine Sondernummer (13. März 1930) über die Chemnitzer Industrie herausgegeben, in der die führenden Geister der sächsischen Textilindustrie, besonders des Chemnitzer Bezirkes, ihrem bedrängten Herzen in mehr oder weniger auf Knoll gestimmter Rede Luft machen. Daß die industriellen Verfasser und die verbandstheoretischen Schreiberseelen sich dabei in Widerspruch verwickeln, kann nicht wunder nehmen. Die Widersprüche zeigen eben, auf was für hohem Stand die Behauptungen der Unternehmerrhetorik abgebaut sind.

Es ist bekannt, so schreibt das geschäftsführende Vorstandsmitglied der Spinner-Verbandsvereinsung, Dr. Frucht, daß Garn-erzeuger und Garnverarbeiter in Verfolgung ihrer handels- und zollpolitischen Forderungen häufig Gegner sind, und durch mangelnde Verständigung eine gemeinsame Stoßkraft nicht erfolgen kann, aber sie stehen auf tarif- und arbeitsrechtlichen Gebieten „in engerster Gemeinschaft und einheitlicher Front“.

Das wird mit dem Bruch innerer Genugtuung festgestellt. Die Textilarbeiter-schaft kann daraus gute Lehren ziehen.

Eine kleine Attade versucht, wie es seine berufliche Pflicht erfordert, Herr Dr. Bellmann, Chemnitz, gegen die beamteten Vertreter des Marxismus, und er predigt das sattem bekannte Lied, daß „ein mit Kriegslasten überbürdetes Volk nur durch Arbeit, Sparen und Wirtschaftlichkeit frei und glücklich werden kann“. Was soll das heißen? Der Herr Syndikus weiß sehr gut, daß die Arbeitsleistung der deutschen Arbeiter-schaft ununterbrochen aufwärts geht, die Spar-einlagen trotz der den Lebensverhältnissen nicht angepaßten Löhne ständig zunehmen und die Wirtschaftlichkeit in den Arbeiter-haushaltungen zwangsmäßig erfolgt. Er weiß an-scheinend nicht, daß häufig in der Textil-fachpresse bei Firmenzusammenbrüchen der übermäßig große privatwirtschaftliche Verbrauch beklagt worden ist, von Wirtschaftlichkeit also in Unternehmertreuen vielfach nicht die Rede sein kann. In dem Geschäftsbericht der „Allgemeinen Deutschen Credit-Anstalt Leipzig“, die die Bank für die sächsische Industrie ist, heißt es an einer Stelle:

„Leider läßt sich nicht verkennen, daß neben dieser Fähigkeit und der konsequen-terweise hieraus sich ergebenden sparsamen Wirtschaftsführung bisweilen auch im Gegen-satz hierzu die Neigung zu konstatieren ist, verhältnismäßig großzügig zu wirtschaften und sich keinerlei Einschränkungen zu unterwerfen, insbesondere auch nicht hinsichtlich der persönlichen Lebensführung. Häufig genug sind auch hierauf die Zusammenbrüche von Firmen mit zurückzuführen.“

„Nehulich äußerte sich in einer kritischen Be-trachtung in der „Königlichen Volkszeitung“ (7. Februar 1930) Amtsgerichtsrat Dr. Braß in Köln. Er sagte:

„In den allermeisten Fällen rührt aber m. E. die Zahlungsunfähigkeit daher, daß die Unternehmer über ihre Ver-hältnisse geklagt haben. Das beweisen allzu oft die Entnahmen, die in gar keinem Ver-

hältnis zu den Einnahmen oder den ein-gelegten Kapitalen stehen, und dazu häufig zu Zeiten erfolgen, wo das Unternehmen jedes Pfennigs bedürfte. Man kann sich mitunter des Eindrucks nicht erwehren, als ob manchem Kaufmann noch nicht die Erkenntnis gekommen wäre, daß er ebenfalls (ähnlich wie andere Kreise) sparen und sich einschränken müßte. Auch scheinen bei man-chen die Zeiten des Wohllebens in den letzten Kriegs- und den Inflationsjahren noch nicht überwunden zu sein.“

Ganz so schlimm, wie es von Unternehmerrhetorik bewußt dargestellt wird, liegen die Verhältnisse in der Textilindustrie doch nicht. Von 16 an der Berliner Börse notierten Aktien der Textilindustrie waren 5 Ge-sellschaften mit 28,8 Millionen Mark dividenden-

los, dagegen zahlten 7 Gesellschaften 10 Proz. und mehr Dividende, darunter Boigtändische Spinn 14 Proz., Blauner Gardinen 10 Proz., Tuchfabrik Nachen 12 Proz., Glad-bacher Wolle 11 Proz.

Eine „Planwirtschaft“ ist in unserer In-dustrie von vornherein zum Untergang verurteilt, so trompetet Herr Dr. Bellmann mit deutlicher Spitze gegen den von ihm so verabscheuten Marxismus. Wie heilsam eine „Planwirtschaft“ aber manchmal sein könnte, zeigt der Aufsatz des Vorstandsmitgliedes der „Gebr. Suhlmann A.-G., Chemnitz“, Arthur Suhlmann, der u. a. schreibt:

„Verleitet durch die günstige Konjunktur vergrößerten viele Fabrikanten, besonders im Eragebirge, ihre Betriebe, und zwar oft planlos, (von uns gesperrt gedruckt)

ohne Rücksicht auf die Aufnahmefähigkeit der Märkte.“

An einer anderen Stelle des Aufsatzes wird diese Tatsache nochmals mit den Worten unterstrichen:

„Es ist sicher, daß die Strumpfindustrie durch die allgemeine Wirtschaftskrise auch gelitten hätte, aber bei einigermaßen richtiger Disposition wäre es nicht notwendig gewesen, daß dieser in vieler Hinsicht be-günstigte Wirtschaftszweig so notleidend hätte werden können, wie es leider tat-sächlich der Fall ist.“

Der Praktiker erschlägt mit diesen Sätzen den Theoretiker Bellmann,

der in allem Unheil nur die Schuld bei der neuzeitlichen Wirtschafts- und Sozialpolitik zu suchen imstande ist.

Der Widerwinn des planlos kapitalistischen Darausloswirtschaftens geht auch noch aus anderen Darlegungen des Herrn Suhlmann hervor, indem er darauf hinweist, „daß seitens der Fabriken, die die Strumpfmaschinen herstellen, nicht nur die Maschinen, sondern auch die Strumpfindustrie selbst exportiert wurde“. Er vergißt nur das wichtigste zu er-wähnen, nämlich, daß die Ursachen im Weltkrieg zu suchen sind. Durch die vom Weltmarkt erfolgte Abschnürung haben sich diejenigen Länder wirtschaftlich selbständig gemacht, waren aus Selbsterhaltung dazu ge-zwungen, die vor dem Kriege Abnehmer un-serer Fertigfabrikate gewesen sind. Gerade diese Feststellung von Unternehmerrhetorik zeigt die Unsinntigkeit und das Verbrecherische der nationalstatischen und wirtschaftsfriedlichen Arbeiter-schaft, die in ihrer Verbildung in neuen kriegerischen Verwicklungen das Heil erblicken.

Die „Planlosigkeit“ der kapitalistischen Wirtschaft geht meistens aus dem Aufsatz des Syndikus des Verbandes der Stoffhand-schuh-Fabrikanten“ hervor, der feststellt:

„Anstatt nun aber bei der Modernisierung für zwei oder drei alte Maschinen nur eine so schnell laufende Maschine anzu-schaffen, ersetzen die Betriebe nicht nur jede alte Maschine durch eine neue, sondern vermehren die Zahl der Maschinen sogar noch, so daß also heute einem auf 70 bis 75 Proz. herabgegangenen Bedarf an Waren eine 100- bis 200prozentige Lei-stungssteigerung gegenübersteht. Hinzu kommt, daß die neuen Maschinen weit mehr Arbeitskräfte benötigen; während früher ein Mann sechs Einheiten bediente, gehört heute zu je drei Einheiten eine Ar-beitskraft. Die Branche leidet daher, wenn man so sagen darf, unter einer Produktionsmittel-inflation, d. h. wir haben weder genügend Aufträge für unsere Maschinen, noch bei normalem Geschäftsgang der an-deren Branchen des Bezirkes, wie die letzten Jahre gezeigt haben, genügend Per-sonal zu ihrer Bedienung.“

„Deshalb kann die Sinnlosigkeit und die wirtschaftliche Anarchie in der Wirtschaft nicht klargestellt werden, als sie in dieser Sonder-nummer von den führenden Köpfen der Textilindustrie selbst geschildert wird.“

Die Arbeiter-schaft kann daraus folgern, was sie von den immer und immer wieder hinausposaunten Unternehmerrhetorikern über die Sozial- und Gewerkschaftspolitik zu halten hat.

Der Geschäftsbericht der Seidenberufsgenossenschaft

Die erwähnte Berufsgenossenschaft ver-öffentlicht soeben ihren Geschäftsbericht für das Jahr 1928. Es ist dies gleichzeitig der letzte Bericht, den die Genossenschaft heraus-gibt. Es ist nämlich in der Genossenschafts-versammlung vom 14. August 1928 folgender Beschluß gefaßt worden: „Die Genossen-schaftsversammlung beschließt nach reiflicher Erwägung des Vorstandes, die Seidenberufsgenossenschaft mit Wirkung vom 1. Januar 1929 ab auf die Textilberufsgenossenschaften aufzuteilen bzw. die Versicherung der Mit-gliedbetriebe der Seidenberufsgenossen-schaften den örtlich zuständigen Textilberufsgenossenschaften zu übergeben.“ Auf Grund dieses Beschlusses, den die in Frage kommen-den übernehmenden Textilberufsgenossen-schaften und auch das Reichsversicherungs-amt als Aufsichtsbehörde gebilligt hatten, trat die Vereinigung der Seidenberufsgenossen-schaft mit den übrigen Textilberufsgenossen-schaften am 1. Januar 1929 in Kraft.

Im Jahre 1928 waren 2811 Betriebe mit einer durchschnittlichen Arbeiterzahl von zu-sammen 73 982 versichert. Im Vorjahre waren es nur 2778 Betriebe mit durchschnitt-lich 71 335 Arbeitnehmern. Die Zahl der Betriebe hatte demnach um 33, und die der Versicherten um 2647 zugenommen. Inter-essant ist die Feststellung, daß sich unter den 2811 Betrieben nicht weniger als 2094 Kleinbetriebe, meist hausgewerbetreibende, befan-den, in denen der Arbeitgeber entweder allein oder mit höchstens ein bis fünf Ar-beitnehmern arbeitete. Die der Berufsgenossenschaft nachgewiesenen Löhne betragen 135 537 053 Mk. Gegenüber dem Vorjahr ist dies ein Mehr von 5 255 073 Mk.

Die Zahl der im Berichtsjahre gemeldeten Betriebsunfälle betrug 1598, im Vorjahr 1569. Von diesen Unfällen wurden 170 erst-malig entschädigt (im Vorjahr waren dies 103). Auf je 100 versicherte Personen ent-fielen:

	1928	1927
Gemeldete Unfälle	22,67	22,0
Entschädigungspflichtige Unfälle	2,41	1,44
Tödliche Unfälle	0,15	0,08

Die Zahl der Unfälle ist demnach trotz aller Unfallverhütungsbestrebungen weiter gestie-gen. Eine Tabelle der Unfallursachen gibt bei 90 der entschädigten 170 Unfälle dem Ar-beiter selbst die Schuld. Hierzu kommen noch 56 Unfälle, die auf Unachtsamkeit und Un-geschicklichkeit zurückgeführt werden. Auf fehlende und ungenügende Schutzvorrichtun-gen werden 20 Unfälle zurückgeführt. Man-gelhafte Betriebseinrichtungen sollen in fünf Fällen Unfälle verschuldet haben. Auf das Schuldkonto des Arbeitgebers wurden 25 Un-fälle verbucht. Unvermeidliche Betriebsge-fahren sollen 27mal die Schuld am Unfall tragen. Sonstigen Ursachen (höherer Gewalt, Zu-fälligkeit usw.) werden 25 Unfälle zugeschrie-ben. Wie in den Berichten anderer Genossen-schaften, so muß es auch hier auffallen, daß die Genossenschaft in einer sehr erheblichen Zahl der Unfälle (mehr als 50 Proz.) ver-sucht, die Schuld dem Arbeitnehmer selbst zu geben. Daß wir uns hiermit auf keinen Fall einverstanden erklären können, haben wir schon mehr als einmal betont und gleich-zeitig dabei auch unsere Gründe angegeben. Betriebsrevisionen wurden von den technischer Aufsichtsbeamten 297 vorgenommen. Die Zahl der Revisionen ist etwas geringer als in den Vorjahren, da der technische Aufsichts-beamte zeitweise den Geschäftsführer der Ge-nossenschaft vertreten mußte und sich deshalb seiner eigentlichen Revisionsstätigkeit nicht in dem üblichen Maße widmen konnte. In den revidierten Betrieben waren 57 Proz. aller bei der Berufsgenossenschaft versicherten Per-sonen beschäftigt. Bei den Betr.ebsbesichtig-ungen mußten nicht weniger als 602 Anord-nungen getroffen werden, da Berühre gegen die Unfallverhütungsbestimmungen in irgend-einer Form festgestellt wurden. Bei 297 re-vidierten Betrieben kommen demnach durch-schnittlich zwei Verstöße auf jeden. Man er-kennt hieraus, daß die Befähigungen sehr nötig sind, da die Unternehmer — von Aus-nahmen abgesehen — von sich aus doch nicht so für die notwendige Betriebsicherheit for-gen, wie es Leben und Gesundheit der Ar-beitenden erfordern.

Um Lebenshaltung und Lohn Was Moldenhauer unter Reform versteht

Mit dem Ausscheiden der Sozialdemokratie aus der Koalitionsregierung ist die erste Phase im Kampf um die Lastenverteilung zu Ende gegangen. Er begann mit dem Young-Plan und spitzte sich in die Frage zu, ob man die Arbeitslosenversicherung abbauen soll oder nicht. Der Plan des Unternehmertums liegt klar auf der Hand: wenn man heute die Lasten der Arbeitslosenversicherung vom Etat abwägt, werden sich im nächsten Jahre die Möglichkeiten ergeben, die Beihilfen zu senken. Nach einem Kampf, der an Leidenschaftlichkeit und Hartnäckigkeit seinesgleichen sucht, hält es die Sozialdemokratie für angebracht, ihn nicht mehr im Regierungskabinett, sondern in der Opposition weiterzuführen.

Alle Welt und nicht zum wenigsten die demokratischen Gewerkschaften nahestehenden Kreise fragen jeden Tag aufs neue: Warum ist die Sozialdemokratie nun eigentlich aus der Regierung gegangen? Glaubt sie die Arbeitslosenversicherung mehr garantieren zu können, wenn sie auf die Machtmittel der Regierung verzichtet? Hat man der Sozialdemokratie mit dem Vorschlag des Zentrums und der Deutschen Volkspartei Unmögliches zugemutet? Wollte dieser Vorschlag etwas anderes als eine bloße Reform, eine Kostenersparnis in der Arbeitslosenversicherung?

Ja, man wollte etwas anderes. Man wollte etwas ganz anderes. Wir erinnern uns einer Szene, die sich vor einigen Monaten abspielte. Damals sprach der Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer über die Belastung der Arbeitslosenversicherung im Etat und meinte, durch eine Rationalisierung der Arbeitslosenversicherung wäre schließlich immer etwas zu sparen. Die Ersparnisse würden aber so gering sein, daß sie für den Ausgleich des Etats nicht in Frage kämen. Man müßte sich also darüber klar sein, daß eine Reform der Arbeitslosenversicherung immer Leistungsabbau bedeutet.

Hier konnte die Sozialdemokratie eben nicht mitmachen. Sie ging in die Opposition und es wird sich zeigen, ob ihre Machtmittel hier ausreichen, das Attentat auf die Arbeitslosenversicherung zu verhindern. Die Sozialdemokratie wird keine bloße Opposition nach Muster der links- und rechtsextremen Parteien treiben. Sie wird nicht die Rolle des Amokläufers übernehmen, der zu guter Letzt gegen die Interessen der Arbeiterschaft wütet. Ziel wird immer sein, wie sie der Arbeiterschaft am besten dient.

Das agrarische Preiskartell

Nachfolgerin der Regierung Müller ist ein merkwürdiges und bedenkliches Sammeljurium von Männern geworden. Die neue Front reicht von den freihändlerischen Demokraten über die Deutsche Volkspartei mit ihren Stresemannschen Traditionen auf dem Gebiet der Handels- und der Außenpolitik bis in das Lager Hugenburgs, wo Bernunft seit Monaten Plage geworden ist. Auf dem rechten Flügel dieses Kabinetts liegt ein wirtschaftlicher Schwerpunkt. Er stellt sich in der Person des Führers der Grünen Front, Schiele, dar, dem man das Reichsernährungsministerium anvertraut hat. Der alte Landbundführer Schiele will jetzt Agrarpolitik machen. Und diese Politik bricht bewusst mit dem, was auf agrarpolitischem Gebiet in den letzten Monaten geworden ist.

Das wir die Agrarpolitik in irgendeiner Form lösen müssen, ist im Hinblick auf unsere Industrie und die Beschäftigungsmöglichkeiten unserer Industriearbeiter eine Selbstverständlichkeit. Wie man dem Arbeiter nicht zumuten kann, unter Friedenslohn zu arbeiten, so geht es nicht an, daß der Bauer unter Friedenspreis bezahlt wird. Eine solche Politik muß zur Katastrophe führen.

Von diesem Grundgedanken ausgehend, machte die Sozialdemokratie den ersten Versuch, die Agrarpolitik dem alten starren Zollsystem zu lösen. Sie griff zu Zollsätzen, Nachtzöllen, Monopolen, zu dem Mittel der Rationalisierung und der Kartellierung, um dem Landwirt einen Erzeugerpreis zu sichern, mit dem er produzieren kann, und den Verbraucher vor einer Preisüberhöhung bei den Agrarartikeln zu schützen. Es wurde hier ein großer Ausschlag zwischen den jüdischen und landlichen Interessen gesehen. Der alte rechte der Wirtschaft darauf, die Landwirtschaft endlich mal zu modernisieren und zu rationalisieren, diese Erzeugung zu steigern und zu verbilligen.

Der Versuch ist leider nicht über die Anfangsversuche gekommen. Schiele wird auch mit Zollsätzen und Monopolen arbeiten. Aber nach dem, was er bis jetzt gezeigt hat, wird er nicht die Interessen der deutschen Wirtschaft, sondern die Interessen der deutschen Großagrarier im Auge haben. Er will die großen Güter am besten

sanieren, die vorzugsweise Körnerbauer sind. Darum die Anwendung aller Mittel, um die Getreidepreise ins Ungemessene zu steigern. Dazu wird, wie die vorliegenden Forderungen der Grünen Front vermuten lassen, eine Steigerung der Exportprämien treten. Während man in Deutschland die höchsten Getreidepreise der Welt bezahlt, wird man andererseits das Getreide zu billigsten Preisen nach dem Auslande verschleudern. Schiele verlangt weiter Hunderte von Millionen für eine neue Umschuldung der Landwirtschaft. Diese Riesensummen kommen ausschließlich den Großlandwirten zugute und werden für den Staat verlorene sein.

Schieles Sanierungsprogramm für die Großlandwirtschaft bezahlt der Staat

Der neue Subventionen hergeben soll, bezahlen die kleinen Bauern, denen er die Preise für die Viehhaltung verteuert, zahlen Arbeiter, Beamte und Angestellte, denen man höhere Brotpreise zumutet, während Handel, Müller und Bäcker, lustig Uebergewinne machen. Es ist schon eine Wirtschaft in Deutschland. Was Schieles Plan den Charakter gibt, ist die Preissteigerung auf jeden Fall. Das System der Preisübersteigerung durch Preiskartelle, Zölle usw., mit dem die Industrie bereits bankrott gemacht hat, soll auf die Landwirtschaft übertragen werden.

Hier wird sich der Konkurs wahrscheinlich schon eher zeigen als in der Industrie. Man fällt auch wieder in die alte Subventionspolitik zurück. Man bricht den eben in Gang gekommenen Rationalisierungsprozeß ab und Teile unserer Landwirtschaft, die mit Hilfe einer Umstellung gefunden könnten, werden das Sanierungsprojekt Schieles für die

Politische Wochenschau

Die Rettung des Kabinetts Brünings. — Eigenartige Minister. — Entschcheidung nur vertagt. — Ohne Sozialdemokratie kann nicht regiert werden. — Schwierige Verhältnisse in Polen.

Auf die Regierung des Sozialdemokraten Hermann Müller ist die Regierung des Zentrumsmannes Brünings gefolgt. Müller hat immerhin unter den schwierigsten Umständen 1 1/2 Jahre amtiert, die längste Zeit, die einer Reichsregierung bisher bestritten war; ob sein Nachfolger sich nur ebensoviele Monate halten kann, ist sehr unwahrscheinlich. Die Neubildung des Kabinetts erfolgte unter sehr merkwürdigen Umständen, und der Verlauf dieser politischen Krise war höchst kennzeichnend für die Zustände innerhalb der bürgerlichen Parteien. Am Ende dieser Krise stand die Ablehnung der von Sozialdemokraten und Kommunisten eingebrachten Mißtrauensanträge mit 252 gegen 187 Stimmen. Das Kabinett des Herrn Brünings ist also fürs erste gerettet, es hatte sich allerdings davor gehütet, ein Vertrauensvotum vom Reichstag zu verlangen. Es ist gerettet durch das Verhalten der deutschnationalen Partei, das damit der neuen Regierung ihr eigentliches Gepräge gab.

Nachträglich ist erst bekannt geworden, daß schon lange hinter den Kulissen gearbeitet worden war, um die Sozialdemokraten aus der Regierung zu verdrängen und ein rein bürgerliches Kabinett zu bilden. Brünings hat zwar acht der bisherigen Minister übernommen, aber ausschlaggebend für den Kurs, der jetzt eingeschlagen werden soll, sind die drei neuen Minister: Schiele, Mitglied der deutschnationalen Partei und Führer des großagrarischen Landbundes; Drevermann, Leiter der aus der deutschnationalen Partei ausgeschiedenen völkisch-konservativen Gruppe; und schließlich Dr. Bredt, Führer der reaktionären Wirtschaftspartei. Alle drei haben gegen die Young-Verträge getreten, und jetzt soll mit ihnen die Außenpolitik des Reichs weitergeführt werden! Drevermann als neuer Minister der besetzten Gebiete wird vielleicht Gelegenheit bekommen, am 1. Juli die Bewohner der besetzten Gebiete nach ihrer Befreiung zu begrüßen, nachdem er durch seine bisherige Politik ihre Befreiung verhindert wollte.

Die Abstimmung über die Mißtrauensanträge bedeutet, daß die Entscheidung über das Kabinett Brünings nur vertagt worden ist. Die ersten Klippen werden bei der Beratung des Finanzprogramms, bei der Beschlußfassung über die neuen Steuern kommen. Schon hier sind die Gegensätze zwischen den Regierungsparteien so groß, daß Herr Brünings nur

Großlandwirtschaft sicher mit dem Unter- gang bezahlen.

Hier werden noch Kriegserklärungen angenommen

Das landwirtschaftliche Preiskartell soll mit höheren Zöllen arbeiten, die so gut wie Einfuhrverbote sind. Nun sind aber die meisten Agrarzölle in Deutschland durch Vereinbarungen mit anderen Ländern festgelegt. Man kann sie nur erhöhen, wenn man diese Handelsverträge, auf denen der zunehmende deutsche Export beruht, kündigt.

Das will Herr Schiele. Es gibt kaum einen Agrarartikel, vom Roggen angefangen bis zum Stärkekummi und zur Weidenrute, für den man nicht einen höheren Zoll verlangt. Kündigt die Handelsverträge! Das ist der Schlachtruf unserer Agrarier unter Schieles Führung.

Wir denken an die ersten Monate des Weltkriegs zurück, als ein Staat nach dem andern den Krieg an Deutschland erklärte. Damals sah man eine sogenannte Ullkarte. Auf ihr war das deutsche Außenministerium abgebildet. Das Haus trug die Aufschrift: „Hier werden noch Kriegserklärungen angenommen! Das sollte Spaß sein. Dieser Spaß ist uns recht teuer zu stehen gekommen. Er wurde zur Tragödie des deutschen Volkes. Weniger Kriegserklärungen wären besser gewesen.

Wir müssen an dieses Erlebnis denken, wenn man heute nach Kündigung von Handelsverträgen ruft, die Deutschland in endlose Wirtschaftskrisen und Zollkriege verwickeln würde. Wir haben eben den Zollkrieg mit Polen hinter uns, der uns Milliarden gekostet hat. Das sollte warnen. Im Wirtschaftskrieg kommt man schnell rein, aber sehr schwer raus.

Wir lassen uns aber unfern industriellen Export nicht zertrümmern. Die deutsche Wirtschaft begeht keinen Selbstmord, um einige unfähige Großagrarier über Wasser zu halten. Das wird der neue Reichsernährungsminister mitamt seiner Regierung bald merken.

leben kann, wenn er die einmalige Unterstützung der Deutschnationalen zu einer Dauereinrichtung seines Kabinetts macht. Nun sollen dazu auch noch die neuen Maßnahmen für die Landwirtschaft durchgeführt werden. Die Industriellen, deren Verteilung in der Hauptsache die Deutsche Volkspartei ist, haben erklärt, daß sie die neue Subventionspolitik zugunsten des ostelbischen Großgrundbesitzes nicht mitmachen würden. Dazu kommt noch der deutsch-polnische Handelsvertrag, den die frühere Regierung abgeschlossen, der Reichstag aber bisher noch nicht erledigt hat. Die Industrie braucht den Vertrag, aber die Deutschnationalen wollten bisher nichts von ihm wissen, und auch der Landbund unter Führung des jetzigen Ministers Schiele hat ihn stets abgelehnt. Was wird jetzt mit dem Vertrag geschehen?

Ueberblickt man die Ereignisse dieser Woche, so kommt man zu dem Ergebnis, daß die bürgerlichen Parteien zwar ihr Ziel erreicht und die Sozialdemokratie aus der Regierung verdrängt haben. Bezahlt haben sie das aber mit völliger Zerrüttung bei sich selbst, mit der Zerstückelung der deutschnationalen Partei und mit einem Durcheinander in den wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen, von denen man nur das eine sagen kann, daß sie unweigerlich mit einem „Kladderadatsch“ enden müssen. Der Führer der Deutschen Volkspartei hat auf deren Parteitag in Mannheim erklärt, daß man auf die Dauer wieder gegen, noch ohne die Sozialdemokratie regieren könne. Die Sozialdemokratie hatte sich an der Großen Koalition beteiligt, nicht weil sie eine besondere Vorliebe für die Zusammenarbeit mit bürgerlichen Parteien hätte, sondern weil zur Zeit eine andere feste Regierung in Deutschland nicht möglich ist. Anders wäre es, wenn das deutsche Proletariat eine geschlossene Front bilden und in voller Einheit den besitzenden Klassen entgegenreten würde. Das ist infolge der von den Kommunisten betriebenen Spaltungspolitik bisher nicht möglich gewesen. Nunmehr wartet die Sozialdemokratie ruhig ab, was der neue Bürgerblock beginnen wird; ob Regierung mit dem Artikel 48 der Reichsverfassung, ob Auflösung und Neuwahlen. Die große Partei der Deutschen Arbeiterklasse ist für alles gerüstet und sie wird in voller Einmütigkeit mit den Gewerkschaften den Kampf führen für Erhaltung und Ausbau der Sozialgesetzgebung, für die stärkere Heranziehung des Besitzes zur Deckung der Staatslasten!

Nach schwieriger als bei uns sind die Regierungsverhältnisse in Polen. Der Staatspräsident Piłsudski, der eine Art Diktatur aufgebracht hat, besitzt keine Mehrheit im Sejm, dem polnischen Reichstag. Man verzichtet es dort mit Ausnahmebestimmungen,

Der Zerfall der Großen Koalition

Ueber den Zerfall der Großen Koalition im Reich gibt der Bundesvorstand des ADGB einen längeren Artikel an die Gewerkschaftspresse heraus. Der erste Teil desselben befaßt sich im wesentlichen mit den Dingen, die wir bereits in Nr. 14 in dem Artikel „Reichsregierung zurückgetreten“ behandelt haben. Darüber hinaus enthält aber der letzte Abschnitt des ADGB-Artikels äußerst interessante Feststellungen, die wir unserer Kollegenschaft nicht vorenthalten möchten und deshalb nachstehend zum Abdruck bringen. Der Bundesvorstand des ADGB schreibt:

„Nun geht einem Raunen durch gewisse Kreise: Der Vorstand des ADGB hat die Regierung Müller gestürzt, denn er hat in der Fraktionsführung die Erklärung abgegeben lassen, daß er den Kompromißvorschlag nicht nur nicht annehmen könne, sondern daß er ihn auch dann bekämpfen müsse, wenn ihm die Fraktion zustimmen werde. Es ist richtig, diese Erklärung ist abgegeben worden. Aber zu Ehren der sozialdemokratischen Fraktion sei auch hier festgestellt, daß sie auch ohne diese Erklärung den Vorschlag abgelehnt hätte. Die Erklärung des Vorstandes des ADGB hat keine neue Situation geschaffen. Der Regendenbildung wegen sei dies nachdrücklich betont.“

Und wenn auch der oder jene Staatsmann mit dem Kopf schütteln sollte, es sei auch ausdrücklich gesagt: der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes konnte gar keinen anderen Beschluß fassen.

Staatsmännische Erwägungen in allen Ehren, aber wir dürfen darüber nicht vergessen, wodurch wir wurden, was wir sind. Wir sind groß und stark geworden, weil wir rücksichtslos die Interessen der Arbeiter vertreten. Das gilt von der Partei und den Gewerkschaften. Der Hebung der Lage der Arbeiterklasse gilt unsere Arbeit, wo sie auch verrichtet wird, in den Gewerkschaften, in der Partei, in den Parlamenten, in den Regierungen usw. Weil die Arbeiter das wissen, darum stehen sie hinter uns, und nur weil sie hinter uns stehen, nur deshalb sind wir etwas. Das gilt auch von den Staatsmännern in den Reihen der Arbeiterorganisationen. Zum Führer gehört eine Gefolgschaft, und auch der beste Staatsmann ist ohne Gefolgschaft kein Führer, sondern ein Engländer. Wir dürfen das Zutrauen der Arbeiter zu uns nicht erschüttern, wir dürfen die Meinung nicht aufkommen lassen, als seien wir unsichere Kantontisten.

Das schließt noch lange nicht in sich, daß wir den Arbeitern nicht auch ihnen unangenehme Wahrheiten sagen sollen. Das haben wir bisher auch getan, und die geringere Popularität der Gewerkschaftsführer, gemessen an der der Parteiführer, hat ihre Ursache darin, daß gerade die Gewerkschaftsführer am häufigsten verpflichtet sind, unangenehme Dinge zu vertreten. Und doch gibt es keine Organisation, die sich an Stärke mit den Gewerkschaften messen kann. Die Arbeiter vertragen also auch unangenehme Dinge, aber eine klare Linie wollen sie sehen, und von dieser klaren Linie wären wir in jammervollster Weise abgewichen, wenn wir den Vorschlag angenommen hätten.

Die Arbeiterbewegung gilt es zusammenzuhalten, und daran liegt mehr staatspolitisches Tun als hinter manch anderer Tätigkeit. Wer anders als die festgefügte Arbeiterorganisationen ist die feste Stütze der demokratischen Republik? Wer ist ein besserer Träger der deutschen Einheit? Wer fördert mehr den kulturellen Aufstieg der Menschheit als die Arbeiterbewegung? Es ist also nicht engstirnige Interessenpolitik, die wir vertreten.

Ein solch engstirniger Politik ist das Kabinett Müller gescheitert. Aber die Volkspartei war es, die sie getrieben hat. Auf Befehl der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände hat sie den Finanzminister Moldenhauer veranlaßt, die Regierungsvorlage im Stich zu lassen. Der Brief Vorjags und Brauweilers, der am 1. April im „Vorwärts“ veröffentlicht worden ist, hebt jeden Zweifel. Und wenn die Haltung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion und des Vorstandes des ADGB, noch einer Rechtfertigung bedurft hätte, dieser Brief hätte sie gebracht. Was die nächsten Wochen auch bringen mögen, Partei und Gewerkschaften werden den Kampf aufnehmen und zum erfolgreichen Ende führen.“

die zeitweise mit Beschlüssen des Parlaments abwechseln. Nachdem Piłsudski für kurze Zeit seinen Bruder Jan zum Ministerpräsidenten gemacht und der Sejm den Haushalt verabschiedet hatte, ist jetzt ein Kabinett gebildet worden, an dessen Spitze der Oberst Slawek steht. Da der sofortige Sturz dieser Regierung zu erwarten ist, so hat Piłsudski das Parlament auf unbestimmte Zeit vertagt.

Ankurbelung der Wirtschaft mittels Lohnabbau?

Die Versuche der Unternehmer, die Krise mit dem untauglichen Mittel des Lohnabbaues zu überwinden, sind nicht neu. Aber so offenkundig und dabei so tolpatschig, wie es jetzt eine Crimmitschauer Trikotagenfabrik versucht, ist doch noch selten ein Lohnabbau versucht worden. Interessant ist dabei, daß sich die Firma auf die Konkurrenz in Württemberg beruft, wogegen die Württemberger Fabrikanten bei jeder Gelegenheit die Konkurrenz in Sachsen ins Feld führen. Die Crimmitschauer Firma hat zur „Begründung“ ihres Vorgehens ihrer Arbeiterschaft eine Bekanntmachung mit einer „Aufklärung“ beschert, die wir im Wortlaut folgen lassen:

„Bekanntmachung“

Wie dem Betriebsrat bereits des öfteren mitgeteilt und durch Briefe und andere Tatsachen bewiesen, sind wir Sächl. Trikotagenfabr. gegenüber Württemberg nicht mehr konkurrenzfähig. Wir müssen Abhilfe schaffen, sonst wären wir gezwungen, unseren Betrieb stillzulegen, oder weiter zu wurseln mit der sicheren Aussicht, in einem Jahre Konkurs zu sein. Es gilt also die Unkosten abzubauen, was wir dadurch ermöglichen, daß wir selbst die Abschreibungen, Handelsunterkosten, Vergütung, Reparaturen und andere Ausgaben senken und zum anderen die durch wilde Streiks 1926/27 in Uebermaß gestiegenen Akkordlöhne wieder auf ein erträgliches Maß abbauen. Es wird jedem einleuchten, daß Akkordüberdienste bis zu 75 Proz. unmöglich für das Bestehen einer Fabrik sind, wenn die Konkurrenz nur ein wenig über Tarif bezahlt oder gar, wie Süddeutschland und einige andere abseits gelegene Orte Deutschlands billigere Löhne wie Sachsen haben.

In Chemnitz sind einige Firmen mit ihrer Belegschaft schon einig, viele andere verhandeln noch, bei einer, Maximal Franz Sachs, ist die Kündigung ausgesprochen worden.

Beihängend sind die neuen Akkordlöhne, welche wir ab Samstag, 5. April 1930, auszahlen werden.

Es wird noch besonders bemerkt, daß an Tariflöhnen und Bestimmungen nichts geändert wird.

Sollte die eine oder andere Arbeiterin nicht willens sein, zu den neuen Akkordlöhnen zu arbeiten, sind wir bereit, die Kündigung anzunehmen und den Kündigungszeitpunkt auszuhandeln.

Am Freitag, dem 4. April 1930, ständen dann auch die Entlassungspapiere zur Verfügung (nach Ablauf der Kündigungsfrist).

Die zu großen Ueberverdienste sind auch ein großes Unrecht gegenüber den Festverdienern.

Es gibt sogar verheiratete Arbeiter mit Kindern in Schwerarbeit, die mit weniger Lohn nach Hause gehen müssen wie manche Akkordarbeiterin. Um das Bestehen der Firma sicherzustellen, sind wir gezwungen, durch Verbesserung der Arbeitsmethoden Aufstellung zeitparender Maschinen usw. die Herstellungskosten weiter zu senken.

In dieser Hinsicht appellieren wir an die Einsicht und den guten Willen der Belegschaft. Die Zeiten und Aussichten sind zu ernst, daß es nur mit der vollsten Mitarbeit aller Werksangehörigen möglich sein wird, die Krise zu überwinden. Wenn wir in Sachsen gegen Süddeutschland die Wettbewerbsfähigkeit nicht zurückgewinnen, gehen wir unter. In Württemberg werden neue Fabriken errichtet, bei uns müssen sie zu Tausende stillgelegt werden. Wir müssen endlich wieder, auch im Interesse unserer Belegschaft, in die Lage kommen, dauernd voll arbeiten zu können. Wir müssen wieder exportfähig werden. Vor Jahren haben wir große Posten nach dem Ausland verkauft, heute ist dies an den hohen Herstellungskosten unmöglich — auch ein Grund mit an dem schlechten Geschäftsgang.

Die Krise Deutschlands läßt sich wie folgt zusammenfassen:

Der deutsche Markt ist für die deutsche Produktion zu klein. Große Mengen müssen exportiert werden. Im Ausland treffen wir und damit auch unsere Belegschaft auf ausländische schwere Konkurrenz, die viel billiger anbietet. Wir müssen also unsere Offerten und damit unsere Kalkulation anpassen. Gelingt uns dies nicht freiwillig, werden uns die Verhältnisse unter großen Entbehrungen und Not dazu zwingen. — Zum Schluß noch eine merkwürdige Lausache:

Alle Lebensmittel, Fleisch, Getreide usw. sind im Großhandel zu Preisen von 1913 zu kaufen. Woher kommen nun die hohen Lebenspreise? Die hier zu erzielenden Ersparnisse sind so groß, um den zwingenden Lohnabbau wieder auszugleichen.

Crimmitschau, den 20. März 1930.

gez. Max u. Josef, Crimmitschau

Zur Aufklärung!

Seit Januar 1929 führen wir über jede Arbeitsabteilung genaue Lohnstatistik.

Damach sind Ueberverdienste erreicht worden, auch der schlechtesten Verdienst:

Unser Machtruf heißt: Organisation!

Heute mehr denn je gilt diese Losung auch für die Textilarbeiter. Wer nicht mit Scheuklappen durchs Leben geht und klaren Blickes die Vorgänge gerade in der Textilindustrie betrachtet, der kann nicht gleichgültig bleiben oder sich gar in Sicherheit wiegen. Die Textilindustriellen, die auch ständig das Wort vom Ordnungsstaat im Munde führen, sind selbst hilflose Zwerge in dem volkswirtschaftlichen Teilbetrieb „Textilindustrie“. Größere Anarchie, wie sie hier anzutreffen ist, ist gar nicht vorstellbar. Wie dies auf die Gesamtheit zutrifft, so liegen auch die Dinge bezüglich betrachtet. Das erste Quartal dieses Jahres bietet hierzu genügend Material zum Anschauungsunterricht. Kurzarbeit, Vollarbeit, Ueberstunden, Stilllegung, Entlassungen, welche inhaltschwere Begriffe, die den kapitalistischen Widerstreit kennzeichnen. Da-

weil sie sehr deutlich in den sich radikal gebärdenden Hatentreuzlers die von den Unternehmern ausgehaltenen Söldlinge erkennen. Sie bekamen deshalb auch keine Vertretung im Arbeiterrat, obgleich sie noch so sehr gegen ihre eigenen Interessen wüteten.

Immer wieder erweist sich Form und Inhalt der freien Gewerkschaften als das beständige, anziehende Machtzentrum für die Arbeiterschaft.

Diese Erfahrungen konnten erneut die Funktionäre der Filiale Greiz des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes machen, als sie in den letzten Tagen zur Hausagitation auszogen.

Überall fanden die Leistungen des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes Anerkennung bei den



Die Burgen der alten Rautritter sind zerfallen — und neues Leben schufen die Konzerne!

zu türmen sich die Bogen der Arbeitslosigkeit immer höher auf, bis sie eines Tages nicht mehr einbümmbar über dieses System zusammenschlagen werden.

Mit dem Abbau der Besitzsteuern und Verschlechterung der Arbeitslosenunterstützung wollen diese selbsternannten Heiligen dem Uebel steuern. Und wahrhaftig, es wäre schlimm um die Arbeiterschaft bestellt, wenn nicht Gewerkschaften und Partei als Stützpunkt für die Arbeiterinteressen vorhanden wären. Vergleichen wir bisher das Ansehen der Unternehmer gegen die freien Gewerkschaften, obgleich sie ständig nach neuen Methoden suchen. Zur Zeit sind ja die gelben Gewerkschaften wieder zur Mode gekommen, und zwar unter der neuen Aufmachung von Wertvereinigern, Hatentreuzlern und Stahlhelmläuten. Als besonderer Förderer dieser neumodischen Selben gilt in Greiz i. B. der Direktor Göhler bei der Firma Schieber. Es ist verständlich, daß diese Sorte Arbeiter sich äußerst rabiat benehmen, wenn selbst die Direktion Drohungen eines Hatentreuzlers, seinem Mitarbeiter den Leib aufzuschneiden, ungestraft hingehen läßt. Besonders schwill diesen Elementen der Kampf bei der letzten Betriebsratswahl. Erfreulicherweise verzichteten aber die Arbeiter und Arbeiterinnen auf die sich aufdrängende Führung dieser Schaumischläger,

Unorganisierten, und wo man sich noch nichtentschließen konnte beizutreten, da waren die Gründe nur in kleinem Egoismus zu suchen.

Ja, ja, der Deutsche Textilarbeiter-Verband arbeitet gut, und böse würde es um uns bestellt sein, wenn wir schloß dem Unternehmertum ausgeliefert wären, hört man oft, aber — das lästige Beitragszahlen, und frampfhast werden dann die unmöglichsten Ausreden gebracht. Im Grunde genommen ist in all solchen Fällen überall die Ursache in einem mangelhaft vorhandenen Gemeinschaftsinn zu suchen. Diese Menschen müssen erst den im Uebermaß vorhandenen Egoismus niederzwingen und werden dann meistens recht gute Gewerkschafter.

Durch diese Werbung von Mund zu Mund und sonstige Agitation gelang es in Greiz erneut 40 Kollegen und 132 Kolleginnen dem Deutschen Textilarbeiter-Verband zuzuführen.

Wird überall in dieser Form weitergearbeitet an der Einheit der Textilarbeiterschaft, dann wird die so notwendige Geschlossenheit gegen die dunklen Pläne der Kapitalisten erfolgreich ankämpfen können.

	im Durchschnitt
bei Spulern	30 F 03
• Wirtern	30,3
• Wirterinnen	28
• Repassierern	20
• Zuschneidern	22,2
• Hemdenbesettern	25
• Hofenbesettern	25,4
• Textilarbeiter	10,3
• Rohwärtern	36,2
• Anzugarb.	22,2
• Soden	31,6
• Knopflocharb.	1
• Knopflocharb.	Tarif
• Zuschneider	35,3
• Plättern	42,2
• Strohposierer	25
• Frontarbeiterinnen	14—30

Die Spitze vom Ueberverdienst ist 87,6 Proz. Nach den Akkordbestimmungen muß der Tariflohn errechnet sein, daß 1/2 darunter sein kann und 1/2 darüber, im Durchschnitt muß aber der Tariflohn verdient werden. Bei uns liegen die Durchschnittsakkordlöhne aber bis 42 Proz. höher. Unser Lohnkonto war 1929 etwa 380 000 Mk. Es kam sich jeder errechnen, welche großen Beiträge wir den Arbeitern über Tarif zukommen lassen. Es ist dies ein sehr großes Vermögen. Crimmitschau, den 20. März 1930.

Die geschäftliche Lage zwingt uns zum Abbau. Schon seit Anfang 1929 wäre dies notwendig gewesen. Das wir heute erst dazu kommen, zeugt von unserem guten Willen, unserer Belegschaft immer höchstmögliche Verdienste zukommen zu lassen.

Nunmehr hat die Arbeiterschaft das Wort.

Sind das Lehrverträge?

Fast täglich kommt es vor, daß zwischen Unternehmern und Arbeitnehmern resp. deren gesetzlichen Vertretern Lehrverträge abgeschlossen werden, die allem anderen, nur nicht den gesetzlichen Bestimmungen resp. tariflichen Abmachungen entsprechen. Besonders in der Textilindustrie kann man des öfteren erleben, daß Eltern von Jugendlichen Lehrverträge abschließen, ohne sich der Tragweite der Auswirkungen dieser Verträge bewußt zu sein. So wird uns jetzt bekannt, daß die Firma Johannes u. Paul Mühlert, mechanische Seidenweberei in M. - Glabach folgenden Lehrvertrag, dem man vorläufigerweise die Bezeichnung „Bereinbarung“ zugelegt hat, abgeschlossen wurde:

1. Für die Zeit des Uebernehmens durch eine Weberin, welches in der Regel zirka 14 Tage dauert, erhält letztere von der Firma eine Vergütung im Betrage eines 10fachen Stundenzeitlohnens.
2. Nachdem der Lehrling die Fähigkeit besitzt, einen Stuhl allein zu bedienen, wird ihm ein solcher angewiesen und arbeitet derselbe für 2 Stuhllohne, bis er einen zweiten Stuhl bedienen kann, was in der Regel 4 bis 8 Monate dauert. Vorübergehende Arbeit auf 2 Stühlen berechtigt nicht zu Vergütungen bei Zurückverlegung auf einen Stuhl.
3. Von dem Verdienst des Lehrlings werden bei jeder Löhnung 10 Proz. des Gesamtverdienstes abgehalten bis zur Beendigung des Lehrverhältnisses.
4. Die Hälfte des abgehaltenen Betrages wird dem Lehrling in 3 Raten zurückvergütet, und zwar die erste Rate bei Beendigung des Lehrverhältnisses, die zweite Rate 6 Monate, die dritte Rate 12 Monate später.
5. Das Lehrverhältnis ist beendet, wenn der Lehrling 10 Wochen hindurch mindestens zwei Drittel des jeweiligen Tarif-Nichtstundenlohnens Brutto verdient hat, andernfalls nach 2 Jahren.
6. Die Firma stellt eine Vorarbeiterin an, welche sich größtenteils nur mit den unter diesen Bedingungen arbeitenden Lehrlingen beschäftigt, dieselben beaufsichtigt, unterweist und ihnen beifällig ist.

Ein weiteres Beispiel dafür, wie Lehrverträge nicht abgeschlossen werden dürfen, liefert die Firma Peter Irmen in Rorschenbroich. Diese Firma macht sich die Geschichte noch einfacher, indem sie einfach eine Vereinbarung diktiert, die als Lehrvertrag gelten soll, im übrigen aber allen gesetzlichen Bestimmungen und tariflichen Vereinbarungen Hohn spricht. Sie läßt sich von dem Lehrling resp. seinem gesetzlichen Vertreter folgendes unterzeichnen:

„Zwischen der unterzeichneten Tuchfabrik Peter Irmen in Rorschenbroich und Herrn R. R. wurde heute vereinbart, daß die Tochter R. R. in der Fabrik des Herrn Irmen das Stopfen usw. erlernen soll und zwar vom 4. April 1927 bis 3. April 1930. Von diesen 3 Jahren arbeitet die R. R. die ersten drei Monate ohne gegenseitige Vergütung, die übrige Zeit wird nach den bestehenden Akkordlöhnen bezahlt.“

Man weiß nicht, über was man sich mehr wundern soll, ob über die Unverschämtheit der Textilarbeiter oder über die Unkenntnis der Eltern solcher Lehrlinge in den gesetzlichen Bestimmungen. Daß derartige Vereinbarungen weder Lehrverträge im Sinne des Tarifes für die Textilindustrie, noch der Gewerbeordnung sind, belegt § 126b GO.

Im Falle der Firma Peter Irmen hat der Fachsichtungsanspruch der Textilindustrie entschieden, daß diese Vereinbarungen keine Lehrverträge sind. Nach diesem Spruch müssen die Lehrlinge nach den tariflichen Bestimmungen entlohnt werden. Der Fachsichtungsanspruch schloß sich dabei den Ausführungen der Gewerkschaftsvertreter an, daß der Arbeitsvertrag nur im Rahmen der bestehenden Tarifverträge abgeschlossen werden kann.

Die Eltern, die für ihre Kinder Lehrverträge abschließen wollen, tun deshalb gut, vor Abschluß solcher Lehrverträge sich mit der zuständigen Organisation in Verbindung zu setzen, wenn sie vor Schaden bewahrt bleiben wollen.

Aus der Textilindustrie

Plauen protestiert gegen USA-Spitzenzoll

Wie dem „Konfektionär“ aus Plauen berichtet wird, hat die Vogtländische Fabrikantenschuhgemeinschaft mit Vertretern des Verbandes Vogtländischer Kommissionäre und Einkaufsvertreter e. V. am Montag, dem 31. März, eine Protestversammlung abgehalten, die gegen die von der nordamerikanischen Regierung geplanten Zoll-erhöhungen auf Spitzenerzeugnisse protestierte. Man hat an die Reichs- und Sächsische Staatsregierung eine Entschädigung abgefordert, in der es heißt:

„Die vogtländische Spitzenindustrie, die seit Jahren den schwersten Daseinstampf führt, soll erneut auf das empfindlichste geschädigt werden durch die von Amerika beabsichtigte Zoll-erhöhung auf gestickte Spitzenerzeugnisse. Die schwer daniederliegende Industrie erhebt einhellig schärfsten Protest, da Amerika Haupt-Exportland ist. Die geplante Erhöhung würde den Industriezweig noch mehr zum Erliegen bringen und das Heer der Arbeitslosen in über-wältigendem Maße vergrößern. Wir bitten un- verzüglich um Intervention unter Ankündigung von Repressalien, falls der Zoll eingeführt wer- den sollte. Frankreich handelt im Interesse von Calais ebenso.“

Wir haben unseren Augen nicht recht getraut, als uns diese Entschädigung zu Gesicht kam. Wir glauben, es wäre eine Irreführung und zwar schon deshalb, weil sich die Vogtländische Fabrikantenschuhgemeinschaft, solange wir sie kennen, immer zu den Schützlingen zählte. Sie haben seit Jahren von der deutschen Reichsregierung zu ihrem eigenen Schutz hohe Spitzenzölle verlangt; nachdem das Ausland das gleiche tut, protestiert man. Es wäre eben immer besser, wenn die sogenannten Industrieführer etwas konsequenter denken würden, vielleicht bliebe ihnen dann manches Unliebame erspart. Leider Gottes haben die Plauerer Fabrikanten immer sehr wenig Gedacht.

Deutsche Gewerkschaftsbewegung

Zwei Jubilare im Zentralverband der Schuhmacher

Zwei im Zentralverband der Schuhmacher Deutschlands tätige und in der deutschen Gewerkschaftsbewegung nicht unbekannt Kollegen können dieser Tage auf ein 25jähriges Angestelltenjubiläum zurückblicken. Es sind dies die Genossen H. Leg., der 2. Vorsitzende des Zentralverbandes der Schuhmacher, und Gustav Weiders, der Sekretär im Zentralvorstand desselben Verbandes.

Beide Jubilare haben von Jugend auf sich für die freie Gewerkschaftsbewegung mit ganzen Kräften eingesetzt und dabei auch reiche Erfolge erzielt. Dem Glückwunsch der engeren Berufs- kollegen schließen wir uns deshalb gerne an.

Niederlage der KPD. in Hamburg

Die Betriebsratswahlen bei der Hamburger Wollkammer, Wilhelmsburg

Bei der dieser Tage stattgefundenen Betriebsrätewahl bei der Hamburger Wollkammer haben die KPD'isten eine schwere Niederlage erlitten. Bei der Wahl 1929 hatte die revolutionäre Gewerkschaftsopposition 9 Mandate, die Amsterdamer Richtung 2 Mandate.

Bei der diesjährigen Wahl am 24. März 1930 hatten die revolutionäre Gewerkschafts- opposition 3 Mandate, die freien Gewerkschaften (Amsterdamer Richtung) 5 Mandate, der Wertverein (gelbe) 1 Mandat, zusammen 9 Mandate.

Die Zahl der Mandate ist dadurch niedriger, weil sich die Beschäftigtenzahl erniedrigt hat.

Trotzdem die Kommunisten mit allen Mitteln gearbeitet haben, um ihre Mandate zu erhalten, ist es ihnen doch nur möglich geworden, von den bisherigen 9 Mandaten 3 zu behaupten.

Mit welcher Unruhe die Kommunisten das Resultat der Betriebsratswahl in der Hamburger Wollkammer erwartet haben, geht aus folgendem hervor:

Am 25. März gegen mittag rief die kommunistische Partei, Hamburg, den alten Betriebsratsvorsitzenden an das Telefon und erklärte, hier sei der Deutsche Textil- arbeiter-Verband, er möchte gern das Refal-

Agitationserfolge

Der Gau Bayern erzielt gute Resultate

Bei einer von der Gauleitung Bayern vor- genommenen Aufstellung über die bisher im Laufe dieses Jahres erzielten Erfolge in der Mitglieder- werbung geht hervor, daß von den betrachteten Ortsgruppen insgesamt 655 Neuaufnahmen vorgenommen wurden. Im einzelnen verteilte sich die Zahl wie folgt:

Neuaufnahmen in Ortsgruppe:	männlich	weiblich	zusammen
Aulmbach	24	83	107
Augsburg	49	86	135
Burgau	14	16	30
Füssen	6	—	6
Gundelfingen	6	4	10
Günzburg	2	—	2
Hof	21	91	112
Kempten	32	38	70
Kolbermoor	14	10	24
Münchberg	52	66	118
Nürnberg	18	2	20
Schopfloch	—	—	—
Schreßheim	12	8	20
Weiter	—	1	1
Insgesamt	250	405	655

Die Aufstellung zeugt von der großen Werbe- kraft unserer Organisation, die, richtig angewandt, überall erfolgreich ist.

Wir hoffen, auch aus anderen Gauen bald der- artige erfreuliche Resultate mitteilen zu können.

lat haben. Der Betriebsratsvorsitzende glaubte das natürlich nicht und stellte hinter- her fest, daß der Anrufer C. 4 2667, also die kommunistische Partei war. Hieraus geht hervor, mit welchen unwahren Mitteln diese „Arbeiterpartei“ arbeitet.

Feuerschutz und Gewerkschaften

Die Arbeits- und Interessengemeinschaft Deut- scher Feuerwehrgenossen veranstaltet vom 27. April bis 4. Mai d. J. eine Feuerschutzwoche. Nach den offiziellen Mitteilungen sind etwa 30 000 Feuerwehren die Träger dieser Veranstaltung. Die Gewerkschaft des Personals der Berufsfeuer- wehren, der Verband Deutscher Berufsfeuerwehr- männer, ist von der Mitarbeit in der Arbeits- und Interessengemeinschaft Deutscher Feuerwehrgenossen ausgeschlossen, obwohl er seinen Beitritt bereits im Februar 1929 angemeldet hat. Der Bundesvorstand des ADGB hat der Arbeits- und Interessengemeinschaft Deutscher Feuerwehrgenossen mitgeteilt, daß er bei dieser Sachlage für die Ver- anstaltung keine Propaganda treiben könne.

Die Ablehnung der Mitarbeit des Verbandes Deutscher Berufsfeuerwehrgenossen ist auf die Ein- stellung der Führer freiwilliger Feuerwehren und industrieller Berufsfeuerwehren zurückzu-

führen. Die Arbeits- und Interessengemeinschaft hat dem Verband mitgeteilt:

„Nach den eingeholten Erklärungen, die in allen Fällen von den zuständigen Mitglieder- versammlungen beschlußmäßig gefaßt worden sind, kann eine Aufnahme des Verbandes Deut- scher Berufsfeuerwehrgenossen in die Arbeits- und Interessengemeinschaft Deutscher Feuerwehrgenossen leider nicht in Frage kommen.“

An den gewerkschaftlich organisierten Mitglie- dern freiwilliger Feuerwehren wird es liegen, festzustellen, ob sie auch weiterhin dulden können, daß die Gewerkschaft des berufsmäßig tätigen Feuerwehrgenossen von der Mitarbeit in der Spitzenerorganisation Deutscher Feuerwehrgenossen ausgeschlossen ist. Von dem gewerkschaftlich or- ganisierten Personal der Berufsfeuerwehren wird niemand ermahnt, daß es freiwillig eine Ver- einbarung unterliegt, an der die Gewerkschaft nicht beteiligt ist.

Zum Schieds- spruch für Nord- ostdeutschland

Die Arbeitnehmer nehmen an

Wie wir bereits in Nr. 14 des „Textil- Arbeiter“-meldeblattes, ist im Manteltarifstreit für die Nordostdeutsche Textilindustrie ein Schiedspruch gefällt worden, für den die Er- klärungsfrist der Parteien am 8. d. M. ab- gelaufen ist.

In einer Konferenz unserer Vertreter der einzelnen unter den Schiedspruch fallenden Ortsgruppen des Gaus Berlin-Brandenburg, die am 6. d. M. im Berliner Gewerkschafts- haus tagte, wurde nach einer Aussprache, in der man das Für und Wider eingehend er- örterte, beschloffen, den Schiedspruch anzunehmen.

Man kam zu dem Entschluß, den Schieds- spruch anzunehmen, weil dieser, obwohl er den von unserer Seite gestellten Forderungen nicht voll entspricht, dennoch einige Verbesserungen aufweist, die nicht ohne Bedeutung sind. Vor allen Dingen ist festzustellen, daß er, entgegen den Forderungen der Unter- nehmer, keinerlei Verschlechterungen gegen- über dem bisherigen Manteltarif bringt.

Die an dem Tarifstreit gleichfalls betei- ligten Metallarbeiter nehmen, wie ein Ver- treter des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes erklärte, den Spruch auch an.

Die Stellungnahme der Arbeitgeber zum Schiedspruch ist bei Redaktionsschluss noch nicht bekannt.

Berichtigung

In dem Artikel „Ein arbeiterfeindlicher Schieds- spruch“ in Nr. 14 in „Der Textil-Arbeiter“ vom 4. April 1930 ist ein Druckfehler enthalten. Bei § 20 Abs. 2 Zeile 8 soll es heißen „Nach- arbeit“ statt „Nachtarbeit“.

In dem Bericht aus Breslau, gleichfalls in Nr. 14, muß es im 2. Absatz in der 4. Zeile an- statt 58 Zusammenkünfte, 588 heißen.

Die Red.

Bekanntmachungen des Vorstandes

Sonntag, 13. April, ist der Beitrag für die 15. Woche 1930

Adressenänderungen

Gau Bayern, Duisburg: R. Gustav Walter, Steinbruchstraße 34.

Gau Berlin, Berlin: R. Bräcker ist zu streichen; an seine Stelle tritt Jakob Niemeß, Berlin, Engelsufer 24/25.

Gau Stuttgart, Reisingen: R. Wilhelm Walter, Walheim (Württemberg), Hauptstraße.

Verlag: Karl Schröder in Berlin, Wilmersdorfer Str. 28. — Beramtswortl. Beauftragter: Hugo Drexler in Berlin. — Für die Anzeigen verantwortlich: Paul Zange, Berlin SW 11. — Druck: Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer in Berlin.

Wer kauft bei Uhren-Klose!

Reklamepreis! Nur 4.00 Mark
 Gerente für jede Uhr
 Von 4 Uhren wert.
 Zahlr. ca. 188857

Unsere Leser
 Uhren-Klose, Berlin 29 (30), Zossener Str. 2.

Lungenleiden, Husten!

Extraktische Lungenleiden
 Bilder
 Diamant
 Berlin C 28

unfähig gemacht werden. In Setzger's
 des 8. Tages eine plötzliche Erleichterung im Gefühl
 und Augen befinden, und die darauf folgende Nacht
 und so bis heute, nachdem ich abends zuvor häufig
 Auswurf hatte, einen erquickenden Schlaf, und des
 Morgens einen Hunger und einen Appetit, daß ich mich
 über die zu mir genommene Portion selbst wunder-
 te. Die größte Freude des Erfolges ist, daß mein Auswurf
 von 24 Stunden heute kaum an 70 und herunter
 von 24 Stunden heute kaum an 70 und herunter
 von 24 Stunden heute kaum an 70 und herunter
 von 24 Stunden heute kaum an 70 und herunter

Über 1 Million Kunden
 Kocher Qualität
 Kessel 492

Bilder
 Diamant
 Berlin C 28

Fahrgeld sparen
 LINDCAR
 fahren!

1 Woche Fahrgeld = 1 Wochenrate
 LINDCAR-FAHRRADWERK
 Aktiengesellschaft, Berlin-Lichterfelde

Billige böhmische BETTFEDERN
 Hienfong-Essenz

Hienfong-Essenz
 Laboratorium E. Wächter, Halle-Teucha

Unternehmen der Gewerkschaften
 Anskunft und Bestellung direkt durch das Werk
 oder durch alle Ortsausschüsse des ADGB.

Gefahr für Mutter und Kind

Fortpflanzungsschädigung der erwerbstätigen Frau

In letzter Zeit war verschiedentlich zu beobachten, daß sich, scheinbar in einem bestimmten Ausmaß, Ärzte bemühen, festzustellen, daß die Erwerbstätigkeit der Frau in der Textilindustrie ohne Einfluß auf ihren Gesundheitszustand sei. Letztlich war es Herr Prof. Dr. Holzmann-Karlsruhe, der diese „Welsheit“ entschieden entgegen aller anderseitigen Entschieden glaubte propagieren zu müssen. Es ist daher begrüßenswert, daß diesen Anschauungen mehr und mehr in der Öffentlichkeit entgegengetreten wird. Nachstehende Besprechung eines vor kurzem erschienenen Buches, die eine gute Einführung in strittige Fragen des Wöchnerinnenschutzes darstellt, zeigt die irrtümlichen „Feststellungen“ der Herren von Dr. Holzmann deutlich auf. Es kann unseren Kolleginnen nur dringend empfohlen werden, derartige Bücher im ureigensten Interesse zu studieren und das gewonnene Material bei geeigneter Gelegenheit zu verwenden.

Die Med. des „L.-M.“

mehrere Wochen vor der Entbindung aufgehört hatten zu arbeiten, nimmt der Prozentfuß der schwächlichen Kinder um die Hälfte auf 13,8 Proz. ab; die beiden niedrigsten Gewichtsklassen sind zusammen mit etwa 33 Proz. vertreten.

Am günstigsten liegen die Zahlen bei den keine Erwerbsarbeit verrichtenden Frauen; fast 40 Proz. aller Kinder wiegen bei diesen über 3510 Gramm. Schon bei einer Schonung von wenigen Wochen vor der Entbindung vergrößerte sich das durchschnittliche Geburtsgewicht ganz wesentlich; es sind Gewichtszunahmen bis zu 300 Gramm festgestellt worden. Am ungünstigsten liegen die Gewichtsverhältnisse des Kindes, wenn die Mutter während der Schwangerschaft außer der Erwerbsarbeit noch Hausarbeit verrichtet hat.

Wie auf der Tagung der Deutschen Gesellschaft für Gewerbehygiene in Dresden 1928 bereits zum Ausdruck gekommen ist, treten im Wochenbett, nachdem die Schwangerschaft

geringen Entwicklung des Kindes im Mutterleib nebst den dadurch bedingten Gefahren für das Leben des Neugeborenen. Diese Abweichungen vom normalen Geburtsvorgang stellen eine Gefahr für Mutter und Kind dar, deren Beseitigung eine der Hauptaufgaben der Ärzteschaft sein müsse. Sie spitzt sich zu auf die Verhinderung der zu lange fortgesetzten Erwerbsarbeit; den Schwangeren müßten die ersten Gefahren vor Augen geführt werden, die ihnen drohen, wenn sie die Erwerbsarbeit nicht rechtzeitig einstellen. Daneben tue bessere Ausbildung der als Geburtshelfer tätigen Ärzte; die Pflege von Mutter und Kind müsse Ärzten in die Hand gegeben werden, die sich ausschließlich und in hervorragendem Maße mit der Geburtshilfe beschäftigen. Prof. Dr. Küstner schließt seine Ausführungen:

„Wie die Unterernährung im Kriege sich an der heranwachsenden weiblichen Jugend erst jetzt geltend macht, so wird es vielleicht auch einmal an dem nächsten Geschlecht sich

Arbeiterinnen versuchen, sich möglichst lange den Bezug des Arbeitseinkommens zu erhalten. Nach einer Erhebung des Hauptverbandes Deutscher Krankenkassen, die sich auf Angaben von 478 Kassen mit etwa 5 Millionen Mitgliedern stützt, haben nur 15 Proz. der Schwangeren 6 oder mehr als 4 Wochen vor der Niederkunft die Arbeit eingestellt und Wochengeld bezogen. Etwa 24,5 Proz. haben die Arbeit 4 Wochen vorher eingestellt, und über 60 Proz. haben auch in den letzten vier Wochen vor der Niederkunft gearbeitet. In einzelnen Betrieben, namentlich in den Landbezirken, sind weit ungünstigere Verhältnisse ermittelt worden.

Was veranlaßt nun die arbeitenden Frauen und Mädchen, die Arbeit im Betrieb solange wie irgendmöglich beizubehalten und sich der Gefahr erster Gesundheitschädigung auszusetzen? Zweifellos ist die ungenügende Kenntnis des eigenen Körpers und seiner Funktionen eine mitwirkende Ursache, und es ist Prof. Dr. Küstner beizustimmen, wenn er ärztliche Beratung der Schwangeren fordert. Auch die Unkenntnis der gesetzlichen Bestimmungen, namentlich der aus der Sozialversicherung fließenden Rechte ist vielfach bestimmend für die Weiterführung der Arbeit. In der Hauptsache ist aber doch die Tatsache, daß die Erwerbsarbeit möglichst bis kurz vor der Niederkunft fortgesetzt wird, der Ausdruck dafür, daß der Ausfall der Differenz zwischen Arbeitseinkommen und Wochengeld im Einkommen der Wöchnerin nicht auf längere Zeit entbehrt werden kann.

In Erkenntnis dieser Tatsache ist das Wochengeld Mitte 1929 auf drei Viertel des Grundlohnes erhöht worden. In Sachsen ist den Schwangeren auf Antrag der Sozialdemokratischen Partei für die Zeit vor der Niederkunft, in der Erwerbsarbeit nicht verrichtet wird, Staatsbeihilfe gewährt worden, durch die das Wochengeld auf den vollen Grundlohn erhöht wird.

Die Auswirkung dieser Maßnahme zeigt sich darin, daß sich eine weit größere Zahl von Schwangeren Arbeitsruhe vor der Niederkunft gegönnt hat; in Chemnitz haben 1929 etwa 45 Proz. der pflichtverpflichteten Wöchnerinnen die Staatsbeihilfe in Anspruch genommen. Wie notwendig diese Schonung ist, zeigen die an der Universitätsfrauenklinik in Leipzig angestellten Untersuchungen.

Vom 1. Februar 1930 ab ist aber die Staatsbeihilfe um die Hälfte gekürzt worden; und im neuen Etat sollen Mittel dafür, wie verlautet, überhaupt nicht eingestellt werden. Es ist unbegreiflich, wie angelegentlich des vorliegenden wissenschaftlichen Materials an einen Abbau der Schwangerenbeihilfen gegangen werden kann! Solange nicht die gesetzliche Erhöhung des Wochengeldes auf den vollen Grundlohn erfolgt ist, muß an der Forderung festgehalten werden, daß das Wochengeld wenigstens für die Zeit vor der Entbindung durch Staatsbeihilfen auf den vollen Grundlohn aufgewertet wird.

Frieda Voigt.

Nur noch kurze Zeit

und die Frist für bewertungsfähige Leistungen zum Jugendwettbewerb ist abgelaufen

Der 30. April ist der diesbez. letzte Tag

denkt deshalb allorts daran

versäumt nicht den Termin

Unter dem Titel: „Fortpflanzungsschädigung der erwerbstätigen Frau und ihre Abhilfe“ veröffentlicht Prof. Dr. Küstner, Oberarzt an der Universitätsklinik in Leipzig, das Ergebnis von Untersuchungen, die in letzter Zeit an der Leipziger Universitätsfrauenklinik hinsichtlich des Einflusses der Frauenerwerbsarbeit auf die Fortpflanzungstätigkeit der Frau angestellt worden sind. Es handelt sich, wie der Verfasser hervorhebt, um sorgfältig getroffene Feststellungen und exakte klinische Beobachtungen, also um wissenschaftliches, völlig objektives Material.

Die schon früher von Mag. Hirsch vertretene Ansicht, daß gewisse Arbeitsverrichtungen im jugendlichen Alter einen nachteiligen Einfluß auf das Knochenwachstum ausüben und zur Vermehrung des engen Beckens unter der erwerbstätigen weiblichen Bevölkerung beitragen, ist auch nach der Ansicht von Prof. Dr. Küstners nicht mehr zu bestreiten. Besonderer Einfluß kommt sozialen Momenten zu: Ernährung, Erholung, naturgemäße Lebensweise auf die Entwicklung der weiblichen Genitalorgane. Lang anhaltende stehende Arbeit, wie sie von den meisten industriell arbeitenden Frauen verrichtet wird, kann wegen der dauernden Belastung des Beckenbodens zu Schädigungen führen, während es bei lang anhaltender sitzender Beschäftigung durch die vollständige Ruhestellung, in der sich die Beckenbodenmuskulatur befindet, zur Muskelschwäche und Vertümmung des Beckenbodens kommen kann.

In letzter Zeit sind an der Universitätsfrauenklinik in Leipzig bei erstmalig zur Entbindung kommenden Frauen eingehende Untersuchungen über den Verlauf der normalen Geburt und die Dauer der Geburtszeit angestellt worden. Frauen, die bis zur Entbindung Erwerbsarbeit verrichtet hatten, hatten eine längere Geburtsdauer als die übrigen Frauen. Die als Folge körperlicher Arbeit vielfach vorhandene Unnachgiebigkeit der Beckenbodenmuskulatur erschwert die Geburt, die allgemeine, körperliche Uebermüdung, in der sich die bis zur Entbindung arbeitenden Frauen befinden, verlängert die Geburtsdauer. Die Verzögerung des Geburtsaktes bedeutet aber eine Gefahr für Mutter und Kind, die oft schweres Unglück zur Folge hat. Die Infektionsgefahr wird gesteigert, die durch das lange Kreißen bedingte Gewebeschädigung spielt eine Rolle. Auch einen ursächlichen Zusammenhang zwischen der Erwerbsarbeit und dem Auftreten von Störungen der Nachgeburtensperiode haben die Untersuchungen ergeben. Nicht mehr zu bezweifeln ist ferner die Tatsache, daß eine bis zur Entbindung fortgesetzte schwere körperliche Arbeit auf die Größe des Kindes nachteilig einwirkt, wie aus der nachstehenden Tabelle hervorgeht:

Geburtsdauer	Geburtsgewicht der Kinder			
	2507 bis 2890 g	2810 bis 3100 g	3110 bis 3500 g	mehr als 3510 g
0 bis 2 Woch. Schonung	246	64	25	75
3 bis 6 Woch. Schonung	276	33	13,5	32
keine Erwerbsarbeit	478	45	2,4	12

Bei den bis zum Schluß erwerbstätigen Frauen sind mehr als ein Viertel der Kinder unter dem Durchschnittsgewicht, und mehr als die Hälfte erreichen nicht das Gewicht von 3110 Gramm. Bei den Frauen, die

vielleicht gut überstanden wurde, häufig Erschöpfungszustände auf, die eine ernste Gefahr für die Mutter darstellen. Bei vielen Frauen machen sich die Strapazen der Schwangerschaft erst vier bis sechs Wochen nach der Entbindung bemerkbar.

Zusammenfassend beantwortet Prof. Dr. Küstner die Frage, ob das Zusammenwirken von Schwangerschaft und Erwerbsarbeit eine Beeinträchtigung der Gesundheit von Mutter und Kind zur Folge haben kann, dahin, daß dies erstens in der Erschwerung der normalen Geburt einschließlich der Zunahme gewisser Komplikationen der Fall sei; zweitens in der

erst zeigen, was jetzt vernachlässigt wurde. Was vom ärztlichen Standpunkt aus getan werden kann, habe ich versucht, in kurzen Zügen auszuzeichnen. Was für die Entlastung der Frau getan werden kann, ist Sache des Volkswirtschaftlers, des Politikers und des Staates.“

Es ist seit der Nachkriegszeit eine bekannte Erscheinung, daß der größte Teil der arbeitenden Frauen bestrebt ist oder war, die Arbeit im Betrieb bis unmittelbar oder bis kurz vor der Niederkunft fortzusetzen. Die Berichte der Gewerbeaufsichtsbeamten haben immer wieder darauf hingewiesen, daß die

Aus unserer Arbeiterinnenbewegung

Tagung des Gauausschusses Hannover

Zum Sonnabend, dem 15. März d. J. waren die maßgebenden Filialen des Gauess Hannover aufgefordert worden, Vertreterinnen der Arbeiterinnengruppen zur Neubildung eines Gauausschusses für Arbeiterinnenfragen zu entsenden. Es waren vertreten die Filialen: Bielefeld, Braunschweig, Delmenhorst, Hamburg, Neumünster, Hannover. Außerordentlich bedauert wurde, daß Bremen keine Vertreterin geschickt hatte.

Die Sitzung wurde vom Kollegen Dahlmann eröffnet, der gleich eingangs der Hoffnung Ausdruck gab, daß der neugebildete Ausschuß im Gegensatz zu dem schon vor 2 Jahren gebildeten lebensfähig bleiben möge. Durch Entlassungen, Vereinerungen usw. der damals gewählten Vertreterinnen zerfiel der Gauausschluß sehr bald, so daß dadurch keine positive Arbeit geleistet werden konnte. Da die Notwendigkeit des Bestehens eines Gauausschusses ohne jeden Zweifel sei, solle nach Möglichkeit der Versuch gemacht werden, eine neue Kommission zu bilden.

Kollege Dahlmann erbat die Zustimmung der Kolleginnen, die über das Thema: „Die Textilarbeiterinnen im Gau Hannover im Lichte der amtlichen Statistik“ referierte.

Sie führte aus, daß sehr leicht eine Voreingenommenheit gegen Statistiken bestehe, daß man aber doch ohne Zahlen nicht auskomme. Sie sind da geeignet, unübersichtliche Dinge übersichtlich zu machen und die Frage „Wo stehen wir überhaupt?“ aufzuwerfen. Was sagt nun die amtliche Statistik? Gestützt auf die Zahlen der amtlichen

Statistik von 1925 wurde ausgeführt, daß es im Gau Hannover 52 453 Textilarbeiter gibt und zwar 26 727 weibliche und 25 726 männliche.

In den einzelnen Textilarbeitern halten sich Mann und Frau die Waage, so ist u. a. der Gau Hannover, strukturell gesehen, günstig gelagert, im Gegensatz z. B. zu Schlesien, wo 68 Prozent weibliche vorhanden sind. Weiter wurde ausgeführt, daß die Berufszugehörigkeit der weiblichen Beschäftigten klar erkennen läßt, daß wir es auch unter den Frauen mehr mit Facharbeiterinnen als mit Hilfsarbeiterinnen zu tun haben, und daß hierdurch für den Verband wichtige Schlussfolgerungen zu ziehen sind. Sowohl Alter als auch Familienstand der weiblichen Beschäftigten weisen darauf hin, daß sie eine außerordentlich hohe Bewertung vom Arbeitgeber erhalten. Es ist selbstverständlich, daß mit der verheirateten Frau durch Schwangerschaft usw. nicht mehr so absolut in der Arbeit gerechnet werden kann. Und wenn dennoch vorzugsweise Frauen beschäftigt werden, liegt die Notwendigkeit klar auf der Hand, daß der Arbeitgeber auf weibliche Facharbeiter angewiesen ist. Statistische Zahlen über das Alter der weiblichen Textilarbeiter zeigen, daß 52 Prozent der Frauen im Alter von 20 bis 40 Jahren sind, die im Arbeitsverhältnis stehen. Durch die mangelnde Organisation zeigt sich auch besonders eine mangelnde Steigerung der Fraueneinkünfte, die gleichzeitig eine Schwächung unserer Kraft bedeutet.

Aus den Ausführungen ging hervor, daß besonders noch im Gau Hannover in bezug auf die Organisation der Frauen sehr viel Arbeit geleistet werden kann. Es muß darauf hingearbeitet werden, die Frau auch gleichzeitig am Verbandsleben teilnehmen zu lassen. Bei der Gewinnung der Frauen für den Verband soll man nicht ausschließlich daran denken, die Frau nur als Arbeitnehmerin für den Verband zu gewinnen, sondern wir wollen sie auch gerade deshalb gewinnen, weil sie gleichzeitig Mutter von jungen Textilarbeiterinnen ist und wir dann besser an die Jugendlichen herankommen.

Kollege Dahlmann behandelte das Thema:

„Die gewerkschaftliche Organisation der Textilarbeiterinnen im Gau Hannover“. Es wurde dabei die Arbeit der einzelnen Filialen, die in bezug auf die Gewinnung der Frauen für den Verband geleistet ist, besprochen. Frauengruppen bestehen nur in den Filialen Neumünster, Hamburg, Hannover und Bielefeld. Es wurde festgestellt, daß die Filiale Neumünster in bezug auf die Frauenbewegung sehr viel getan hat, daß aber auch äußere Momente dazu beigetragen haben, diese Arbeit zu erleichtern. Nach den Ausführungen ist im Hamburger Bezirk noch eine Neben Aufgabe zu erfüllen, die aber außerordentlich dadurch erschwert wird, daß Hamburg zum Teil eine Durchgangsstation für die Textilarbeiter ist, und daß es aus diesem Grunde nicht ganz einfach ist, einen festen Stamm von Arbeiterinnen für die Organisation zu gewinnen. In den Bezirk Hannover ist der gewerkschaftliche Gedanke erst spät hineingetragen worden, außerdem erschwert die konservative Haltung der Niedersächsischen Gewerkschaftsarbeit. Die Filiale Bielefeld bedarf, weil sie ein außerordentlich schwer zu bearbeitendes Gebiet ist, einer intensiven Bearbeitung. Leider bestehen in den übrigen Filialen Braunschweig, Bremen, Delmenhorst noch keine Frauengruppen.

Durch die Ausführungen des Kollegen Dahlmann und durch die darauffolgende Diskussion kam klar zum Ausdruck, daß für die Gewinnung und Mitarbeit der Frauen innerhalb des Verbandes noch viel Arbeit geleistet werden muß, daß es aber den Ausspruch: „So wie es ist, nicht möglich, Frauengruppen zu gründen“, gar nicht geben solle. Selbstverständlich müßte es vorhanden sein, mit den Verbesserungen, die der Verband erreicht habe, wie z. B. die Veranlassung des Stundenlohnes der Frauen genügend Agitation und Propaganda zu treiben.

Zum Schluß wurde der Gauausschluß neu gewählt, und zwar sind es die Filialen Bielefeld, Hamburg, Hannover und Neumünster, die dem Gauausschluß für Arbeiterinnenfragen angehören.

L. Koppert.

*) Verlag Joh. A. Barth, Leipzig 1930, Preis 4,50 Mark.

Berichte aus Fachkreisen

Crimmitschau

In der am 27. März dieses Jahres stattgefundenen Mitgliederversammlung der Filiale Crimmitschau des Deutschen Textilarbeiter-Bundes hat der Kommunist Hans Vöfler behauptet, daß die Firma Bär u. Tauschel, bei der ein sozialdemokratischer Betriebsrat amtiert, eine große Lohnreduzierung vorgenommen hat. Nach der Art der Darstellung Vöflers sollte in der Öffentlichkeit der Eindruck erzeugt werden, als wenn der Betriebsrat mit dieser Lohnreduktion einverstanden wäre. Da ich in dieser Mitgliederversammlung nicht anwesend war, so will ich auf diesem Wege die bewußte Verfälschung Vöflers richtig stellen. Es ist Tatsache, daß die Firma Bär u. Tauschel die bisher gezahlten Löhne in der Zeitabteilung um 15 Prozent kürzen will. Es ist aber auch Tatsache, daß der Betriebsrat mit aller Energie sich gegen die beschlossene Lohnreduktion gewehrt hat. Am Montag, dem 31. März d. J., haben deshalb längere Verhandlungen mit der Betriebsleitung der Firma unter Beisein des Arbeitgeberjuristen Dr. Riedel und der Gewerkschaftsvertreter Gauweiler, Frahr, Dresden, Geschäftsführer Philipp, Crimmitschau, und dem Betriebsrat stattgefunden. Eine endgültige Entscheidung ist noch nicht erreicht worden. Die kommunistische Henne hat eben gegedert, bevor das Ei gelegt ist. **Enald Hauptbold, Betriebsratsvorsitzender.**

Forst i. d. L.

Der Vorsitzende Kollege E. Fabian eröffnete am 20. März 1930 die erste Versammlung der neuen Zeitung. Bevor er die Tagesordnung bekanntgab, nahm er das Wort zu einigen grundsätzlichen Bemerkungen: Dant an die bisher tätig gewesenen Funktionäre, Bitte um Mitarbeit aus den Reihen der Kollegenschaft, damit die krisenreiche Zeit überwunden wird. Deutsche Worte richtete er an die Mitglieder, die über alles den Stab der Kritik brechen. Deklamieren und moralisieren sind zwar leicht anzubringen, doch Hilfe und Besserung bringt immer nur die Tat. Für die Frauen erbat der Vorsitzende Kürze der Versammlung, damit sie immer wieder gern kommen.

Die Tagesordnung umfaßte drei Punkte: 1. Bericht über Tarifverhandlungen, 2. Verbandsag und Sozialversicherung, 3. Auffstellung der Kandidaten zum Verbandsstag. Zu Punkt 1 referierte der Geschäftsführer Kollege Golle. Er gab in klaren, unmißverständlichen Worten den Stand der Tarifverhandlungen an, wobei er auch die Beharrlichkeit der Arbeitgeber freiließ und die Schwierigkeit, unter einem „eigenartigen“ Schlichter überhaupt auf große Besserungen zu hoffen. Die Ansprache sah zwei Vertreter der Opposition auf dem Podium. Ihre Kritik ist ja bekannt, sie streift nie die Sache, sondern nimmt nur Angriffe auf Personen vor. Kollege Golle fertigte aber die Sprecher mit Leichtigkeit ab und der Vorsitzende ging über deren Worte und Pressestimmen als letzte Form zur Tagesordnung über.

Dann nahm Kollege Schöller, ein in Forst ganz gebührender Redner, das Wort zur „Sozialversicherung“. Was er sagte, war tiefgründlich, klar und verständlich. Der Gegner von der zukünftigen Verbesserung war, der wurde zum größten Teil davon überzeugt, daß sie nicht so „ganz ohne“ ist, zumal die Annahme stark berechtigt erscheint, die Kämpferin dadurch fester und treuer an den Verband zu stehen. Wieder rief ein „Oppo-Vertreter“ laut an, um dem Referenten nachher aber desto bessere Gelegenheit zu geben, seine Angriffe zu parieren. Zwei andere Kollegen äußerten

Dem Nichtorganisierten!

Sir, der du nicht organisiert bist,
Sage ich, daß du im Reich des Irrtums verirrst bist.
Deine Glückseligkeit und ewige Liebe
Erlebst du in der die fruchtbarste Liebe
In demselben. Du bist nur ein
In dir und mich
Und all die andern.
Sie mit der durch Kritik und Leben wandern,
Denn sie mich
Wunderlich sind!
In dem Leben ist Irrtum, ist unglücklicher Schein!
Du bist glücklich allein!
Sie andern aber, verirrung und Irrtumswelt,
Sie erheben die Kräfte der Kritik der Welt!

Grünberg i. Schl.

Die Ortsgruppe Grünberg feierte am 8. März im 24. Jahrestag. Eine besondere Note erhielt das Fest durch die Teilnahme von 150 Gästen, die von 12 Dörfern und Blühende neue Mitglieder im Deutschen Textilarbeiter-Bund begrüßten.

Funktionärkonferenzen im Gau Hannover

Im Gau Hannover haben in letzter Zeit mehrere Funktionärkonferenzen stattgefunden. So am Sonntag, dem 16. März, im „Gewerkschaftshaus“ in Hamburg. Die Konferenz beschäftigte sich mit dem gegenwärtigen Wirtschaftsmarkt und der Lohnpolitik, sowie mit der Frühjahrssagitation. Ueber den gegenwärtigen „Wirtschaftsmarkt“ und die Lohnpolitik“ des Verbandes referierte Kollege Karl Schöller, Berlin. Er gab den Funktionären Einsicht über die Entwicklung der Textilindustrie in den letzten 40 Jahren. Im Jahre 1882 betrug die Gesamtzahl der Erwerbstätigen in Deutschland 16 Millionen, während im Jahre 1925 bereits 32 Millionen Erwerbstätige zu verzeichnen waren. Nach der letzten Volkszählung beträgt die gesamte Bevölkerung Deutschlands 64 Millionen; es ist also festzustellen, daß die Hälfte der Bevölkerung erwerbstätig ist. Aus diesen Zahlen ist zu ersehen, daß die Proletarisierung der Bevölkerung dauernd fortschreitet. Diese Entwicklung vollzieht sich in allen Kulturstaaten. Die Klassengegenstände verschärfen sich immer mehr. Einer großen Arbeitermehrheit steht eine kleine Gruppe von Industrie- und Finanzmagnaten gegenüber, die durch ihre Kapitalkraft die Wirtschaft und auch den Staat in ihrem Sinne zu beherrschen versuchen. —

Auch in der Textilindustrie vollzieht sich diese Entwicklung. An Stelle des Klein- und Mittelbetriebes tritt der Großbetrieb und an den Einzelunternehmer und Kleinaktionär die Aktiengesellschaft und der Großaktionär. Nach der letzten Berufszählung wird die Zahl der Beschäftigten in der Textilindustrie in Deutschland mit 1,2 Millionen angegeben, durch die fortschreitende Technik ist zu verzeichnen, daß ein dauernder Rückgang der Beschäftigten eintritt. Auch durch die Einführung neuer Arbeitsmethoden werden Arbeitskräfte in der Textilindustrie eingespart. Redner glaubt, daß nur noch 850 000 bis 900 000 Arbeitnehmer in der Textilindustrie beschäftigt sind und vertritt die Auffassung, daß im Laufe der nächsten Jahre durch die weiterreichende Technik höchstens noch 750 000 bis 800 000 in der Textilindustrie unterkommen. Während der Inflationsjahre sind in der deutschen Textilindustrie große Investitionen vorgenommen worden, man glaubte, daß der Aufschwung weiter anhalten würde. Durch diese Heberzeugung in der Textilindustrie sind wir in den Krisenzustand hineingekommen, und es werden noch Jahre vergehen, bevor ein Ausgleich eintritt. Bei Vergleichung der Produk-

tionssjahren von 1913 mit der jetzigen Produktion kann man feststellen, daß trotz verringerter Arbeitszeit und bei gleicher Zahl der Arbeitsmaschinen die Produktion gestiegen ist. Die Vormachstellung der Baumwolle ist durch die Kunstfaser teilweise gebrochen. Die technische Ausstattung der Leipziger Messe beweist uns, daß in Zukunft eine weitere Freistellung von Arbeitskräften durch die Maschinen eintritt. Die Unternehmer klagen immer über die Notlage in der Textilindustrie und glauben, dieselbe durch Ausschüttung von geringen Dividenden beweisen zu können. In Wirklichkeit aber fließt der größte Teil der Gewinne in Reservefonds und Spezialreservefonds, so daß bei verschiedenen Aktiengesellschaften festzustellen ist, daß die Reserven höher sind als das Aktienkapital.

Während des Krieges bauten die Rohstoffländer eigene Textilindustrien auf, mit dem Ergebnis, daß die Ausfuhrziffern für Textilien in Deutschland und England gesunken sind.

Wenn wir aus den dauernden Wirtschaftskrisen herauskommen wollen, ist die erste Voraussetzung, daß die Schlüsselindustrie belebt wird. Leider ist das Gegenteil festzustellen, trotz größten Wohnungsmangels sehen wir einen dauernden Rückgang in der Bauaktivität, und mit ihr starke Arbeitslosigkeit der Bauarbeiter. Von den Arbeitgeberverbänden werden in der letzten Zeit dauernd Angriffe gegen die Sozialversicherung unternommen. Um diese Angriffe abzuwehren, ist es unsere Pflicht, den Beschäftigten, die der ADGB in seinen letzten Tagungen gesagt hat, Geltung zu verschaffen. Unser nächster Verbandstag wird in dieser Beziehung Forderungen aufstellen. Um die durchschlagende Lohnpolitik unseres Verbandes aufzuweisen, brauchen wir nur die für Streik und sonstige Unterstützung im Jahre 1929 ausgegebenen Summen zu betrachten. Hat doch

Dem Halborganisierten!

Sir, der du nur mit halben Herzen organisiert bist,
Sage ich, daß du vom Irrtum verführt bist.
Wenn du glaubst, deiner Pflicht schon zu genügen,
Wenn du mit Wohlgefallen, doch still und verschwiegen,
Den Beitrag dem Verbands spendest.
Du nicht dem Gehilfen!
Mit hellem Blick
Mußt du schaffen und streben
Für ein besseres Leben!
Mühsam und stetig sein
Und werden tätig sein,
Von Heberzeugung und Mut geführt sein:
Das heißt organisiert sein!

unser Verband im Jahre 1929 circa 4 Millionen Mark an Streikunterstützung und an sonstigen Unterstützungen 2 1/2 Millionen Mark an seine Mitglieder ausgegibt. Die Durchschlagskraft unseres Verbandes könne noch größer sein, wenn nicht Tausende von Textilarbeitern noch abseits unserer Organisation ständen.

Durch reichen Beifall und Abstandnahme von einer Diskussion lobten die Funktionäre das Referat des Kollegen Schöller.

Zum 2. Punkt „Frühjahrssagitation“ sprach der Kollege Dahlmann, Hannover. Durch Unterlagen zeigte er der Konferenz die Strukturwand-

lung und Umschichtung in der Gesellschaft auf. Trotz aller Veränderungen in der Wirtschaft und Technik brauchen wir keine Possimisten zu sein, denn neue Industrien und mit ihr neue Arbeitsplätze werden durch die Veränderung der Bedürfnisse geschaffen. Er verweist dabei, wie durch den gesteigerten Verkehr, durch das Radio, durch den Sport und die Reklame neue Arbeitsmöglichkeiten geschaffen wurden.

Durch die internationalen Beziehungen der Arbeitnehmerschaft, insbesondere die Ueberwachung und Erhebung des internationalen Arbeitsrechtes sowie des internationalen Arbeitsrechtes und die internationale Verbindung der Gewerkschaften sind große Fortschritte zu verzeichnen. Aber auch auf der Gegenseite können wir die Konzentrationsbestrebungen der Unternehmungen in Aktiengesellschaften, Kongerne, Kartelle und Truste feststellen, die durch Regelung und Verteilung der Produktion die Preise der Produkte international bestimmen. Erst wenn die Arbeiterchaft die notwendige Erkenntnis der Wirtschaft und ihre Zusammenhänge erfaßt hat, wird sie die Entwicklung in ihrem Sinne vorwärtstreiben können. Bei Betrachtung des Organisationsverhältnisses der Arbeitnehmerschaft muß man feststellen, daß von rund 30 Millionen Arbeitnehmern nur 6 Millionen in Gewerkschaften organisiert sind. Und in der Textilindustrie von circa einer Million Beschäftigten nur 400 000 organisatorisch durch die Gewerkschaften erfasst sind. Erst wenn jeder einzelne Arbeitnehmer erkannt hat, daß sein einziges Kapital seine Arbeitskraft darstellt und nur durch große und starke Organisation seiner Arbeitskraft die richtige Wertgeltung verschafft werden kann, wird die Arbeiterklasse die zukünftige Gesellschaftsform bestimmen können. Leider entstehen den Unternehmern in den Betrieben Hilfskräfte, die die Macht der Arbeiterklasse schwächen. Es sind die Wertgemeinschaftler, Deutsche Hilfe, Stahlhelm und Kommunisten.

Die Agitation für die Organisation kann in den verschiedensten Formen durchgeführt werden. Durch Betriebs- und Hausagitation, durch Versammlungen und Flugblattverbreitung. In neuerer Zeit noch durch Lichtbild und Radio. Die erste Voraussetzung ist ein guter Funktionärkörper.

Kollege Dahlmann erzielte für seine Ausführungen reichen Beifall. Die nach dem Bericht der Mandatsprüfungskommission (148 Funktionäre, wovon 113 männliche und 35 weibliche, und zwei Gäste waren anwesend) einsehende Diskussion bewegte sich in dem Sinne, daß alle Mittel und Wege versucht werden müssen, um durch verstärkte Agitation das Organisationsverhältnis zu steigern. Bertraten waren die Ortsgruppen Hamburg, Neumünster, Delmenhorst, Osterburg, Jettel, Barel, Elmshorn und Bremen.

Eine gleichartige Konferenz mit denselben Themen und Referenten fand bereits eine Woche vorher, am 9. März in Bielefeld statt, die von 212 Delegierten besucht war. Bertraten waren hier neben Bielefeld die Ortsgruppen Bramsche, Braunschweig, Hannover, Hameln, Lauenstein, Minden, Osnabrück, Salzgitter, Stadthagen und Steinhude.

Auch diese Konferenz nahm den gleichen guten Verlauf wie die in Hamburg.

Dem Ganzorganisierten!

Du, der du vollkommen überzeugt bist,
Und der du ungebesselt bist
Trotz deinem Schicksals Schwere —
Kämpfer und Fortwärtstreibender, höre:
Du hast das beste Teil erwischt!
Von hohem Mut befeuert
Stehst du mit deinemgleichen
In fester Front; du wirst nicht weichen,
Du die Tat vollendet,
Du endlich endest
Gut und Ansehensreich!
Und dein schönster Lohn
Wird dann sein, nicht umsonst gelebt zu haben
Und für edles Menschentum gekämpft zu haben!

den Vorkriegsjahren hatte die Filiale schwere Kämpfe zu bestehen. Oft wurden die Kollegen von den Unternehmern gemißregelt und von den Behörden verfolgt. Die Nachkriegszeit brachte uns das Betriebsrätegesetz, Ferien, Arbeiterinnen-schutz und Arbeitszeitabkommen. Die Kollegin Rißke schloß mit einem Hoch auf den Deutschen Textilarbeiter-Bund, in das alle begeistert einstimmen.

Run brachte unser Jugendleiter das Gedicht „Hans Jörgen der Schmied“ zu Gehör. Es folgte der gemütliche Teil. Kollege Brühhaber wartete mit einigen humoristischen Vorträgen auf. Die Hauskapelle ließ ihre Weisen ertönen, und alle Anwesenden blieben noch lange in frohlicher Runde beisammen.

kannten; darunter 2 Frauen und unsere beiden Geschäftsführer. Nach kurzer Begrüßung der 2 Vorsitzenden, Kollegin Höpner, hielt unser Gauleiter, Kollege Fritsch, die Festansprache. Er warf einen Rückblick auf die Kämpfe von damals bis zur heutigen Zeit, und so manches ältere Mitglied war durch diese Erinnerung tief bewegt. Besondere Anerkennung gebührt der Kollegin Ernestine Schulz, die als ältestes weibliches Mitglied, eigentlich als Mutter der Filiale zu betrachten ist. Kollege Reinhold Juste kämpft seit 1894 in unseren Reihen.

Kollege Lindner dankt im Namen aller Jubilare und fordert zur Mitarbeit der gesamten Mitgliedschaft auf. Kollegin Höpner richtet mahnende Worte an die Jugend, den Alten nachzusehen. Kollege Lindner hatte 8 Tage vorher alle Jubilare zum Fotografieren zur Gruppenaufnahme zusammengepackt und so erhielt am Festtag jeder Jubilar ein eingetragenes Bild als Geschenk von der Filiale. Anschließend wurde ein Theaterstück „Angefeuert“ aufgeführt, welches recht in die heutige Zeit hineinpaßt und allgemeinen Beifall hervorrief. Nachdem die Jugendgruppe einige Koffi- und Singlätze vorgesetzt hatte, folgte der Tanz. Die gute Musik sorgte für heitere Stimmung bis zum Schluß.

Kaiserslautern

Zum ersten Male seit Bestehen der Ortsgruppe Kaiserslautern des Deutschen Textilarbeiter-Bundes war es demselben vergönnt, vier Mitglieder zu ehren, die 25 Jahre dem Verbands angehören. Aus diesem Anlaß fand eine wohl-gelungene Familienfeier im „Gewerkschaftshaus“ am Sonntag, dem 21. März, statt. Das Programm war sehr reichhaltig und bestand aus Musikstücken, Gedichtvorträgen des Kollektors und humoristischen Vorträgen von Herrn Keilung vom Stadtkapellmeister Kaiserslautern. In Vertretung des Stadtkapellmeisters hielt der Musikdirektor Kollege Bürger in Stuttgart die Festrede. Er schilderte die Entwicklung der Ortsgruppe, betonte, daß hier die Verhältnisse ganz besonders schwierig und die Textilarbeiterchaft nur sehr schwer für die Organisation zu gewinnen waren. Mit einem

feurigen Appell an die Anwesenden, in der Agitation nicht zu erlahmen, und einem Hoch auf den Deutschen Textilarbeiter-Bund schloß er seine interessanten Ausführungen.

Die Ehrung der Jubilare nahm Kollege Leonhardt vor. Er betonte, daß eine 25jährige Mitgliedschaft im Verbands heute keine Seltenheit mehr darstelle. Für den hiesigen Ort bedeute es aber eine Seltenheit, da wir es hier mit einer jungen Ortsgruppe zu tun haben. Geehrt wurden die Kollegin Maria Kowotny-Otberg, die Gebirgler Jakob und Karl Jung-Sambach sowie Kollege Peter Schuff-Kaiserslautern. Infolge Krankheit konnte letzterer nicht an der Feierlichkeit teilnehmen. Jedem der Jubilare wurde ein unrahmtes Diplom nebst einer schönen Tischuhr gewidmet. Kollegin Kowotny und Kollege Karl Jung-Sambach statteten den Dank der Geehrten ab. Referent erzielte für seine Schilderung der Ereignisse aus der Praxis, die er in humoristischer Weise zu schildern wußte, stürmischen Beifall. Erwähnt sei noch, daß Kollege Jakob Jung-Sambach einer von den wenigen ist, der den Streik im Jahre 1906 in der Baumwollspinnerei und -weberei Samperismühle mitgemacht hat, der leider damals verloren ging, weil Italiener ihren Klassengenossen in den Rücken fielen. Der Vorsitzende, Kollege Braun, ehrte dann noch einen weiteren Kollegen für 30jährige Mitgliedschaft.

Wittstock a. d. Bode

Zur kurzen feierte die hiesige Filiale das 20. Jahrestag. Dem Rufe des Vorstandes waren eine große Anzahl Mitglieder gefolgt. Auch mehrere alte Kollegen und Gründer der Ortsgruppe hatten sich eingefunden. Die Feier leitete der „Freie Randolinentanz“ mit dem Liede „Brüder zur Sonne, zur Freiheit“ ein. Die Gauleitung hat die Kollegin Rißke-Berlin entsandt. Sie überbrachte die besten Grüße und Wünsche der Gauleitung. Die Kollegin Rißke verstand es vortrefflich, die Bedeutung des 20. Gründungstages den Anwesenden vor Augen zu führen. Die erste Gründung wurde in Wittstock im Jahre 1896 vorgenommen. Die junge Generation vermochte sich nicht durchzusetzen. Die



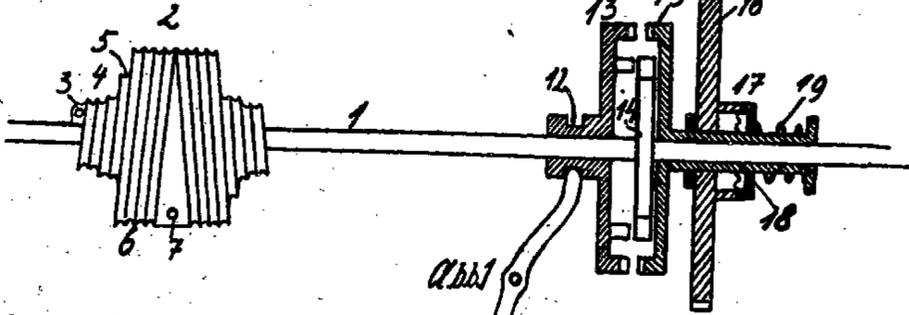
Die Baumwollstreichgarnspinnerei

Vom Baumwollstreichgarn-Selfaktor haben wir uns bisher angesehen zunächst den Gang der Maschine, d. h. die Aufeinanderfolge der verschiedenen Arbeitsperioden. Dann haben wir uns angesehen den Antrieb der Spindeln mit zwei Geschwindigkeiten, das Schaltorgan für die Riemengabel, den sogenannten Drahtzähler, den Borgarnzähler. Damit haben wir die Teile besprochen, die die

darf, muß für die Einfahrt ausgetupelt werden, was, da sie während der Nachdrahtperiode keine Bewegung zu machen hat, am günstigsten durch die Steuerwelle, die bei vollendeter Ausfahrt des Wagens ihre halbe Umdrehung macht, bewerkstelligt wird. Sie haben also einen Exzenter 8 auf der Steuerwelle 9. Dieser Exzenter wird von einer Gabel 10, die aber geteilt ausgeführt ist und

hätten wir alle zur Wagensausfahrt gehörigen Teile besprochen und wir können uns nun der nächsten Arbeitsperiode, nämlich dem Abschlagen, zuwenden. Das Abschlagen muß streng genommen nach einigen Rückdrehungen der Spindeln, die die auf den nackten Spindelstift aufgewundenen Rejerewindungen wieder abwinden, erfolgen. Unter das Abschlagen wird aber das Aufhören der richtigen Spindelumdrehungen und der Beginn der Rückdrehungen schon eingerechnet. Die Rückdrehungen können natürlich nicht von der gleichen Welle, wie die Vorwärtsbewegung der Spindel abgenommen werden. Wir müssen deshalb die Abschlagbewegung von der Hilfswelle aus ableiten. Erfolgt muß die Abschlagbewegung nach vollendeter Nachdrahtperiode. Wir haben nun bei der Besprechung der Nachdrahtperiode gesehen, daß bei der Beendigung der Nachdrahtperiode die Ringgabel, die den Spindeltrieb reguliert, auf die Leerlaufscheibe geschaltet wird. Gleichzeitig legt auch die Bremsung der Spindeln und daraufhin der Beginn der rückläufigen Spindelbewegung ein. In Abb. 2 ist 1 die Hilfswelle, die ihren Antrieb von dem Vorlege auf die Riemenscheibe 2 erhält. Auf dieser Welle ist das kleine Zahnrad 3 aufge-

Riemenscheibe 6 hineingedrückt wird, so wird zunächst die Geschwindigkeit von 6 scharf abgebremst und dann wird 6 entgegengesetzt gedreht. Die Bewegung des Zahnrades 4 erfolgt dadurch, daß ein Hebel 10, der seinen Drehpunkt bei 9 hat und an dem bei 11 eine Schubstange angreift, die aber nicht fest in dem Hebel 10 steckt, sondern lose durchgesteckt ist. Diese Schubstange trägt an ihrem linken Ende eine Rolle 12, die auf einem Exzenter 13, das wieder auf der Steuerwelle sitzt. Außerdem ist ein Bolzen 14 auf dem Hebel 10 angebracht, der von einem Sperrhaken 15 umgriffen ist. Der Sperrhaken 15 hängt an einem früher nicht gezeichneten Hebelarm, der mit dem Riemengefänge fest verbunden ist. Die Wirkungsweise ist nun folgende: Durch die Drehung der Steuerwelle bei Beendigung der Ausfahrt wird zunächst die Feder 16 gespannt, wobei die Schubstange 17 bei 11 durch den Hebel 10 hindurchgezogen wird. Die Kupplung kann aber noch nicht einwirken, weil der Bolzen 14 noch durch den Sperrhaken 15 festgehalten wird. Erst wenn die Riemengabel auf die Leerscheibe übergesprun-

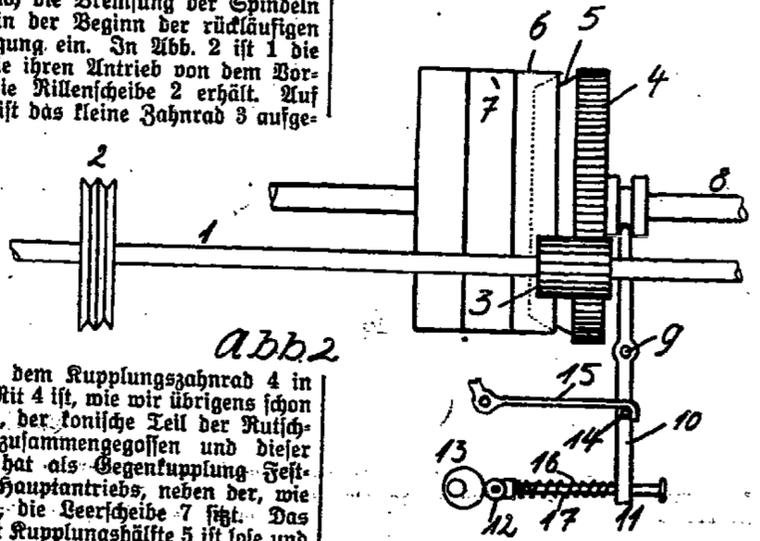


Drehung der Spindel und die Lieferung des Borgarns beeinflussen und zwar bis zum Augenblick des Abschlagens, also bis zu dem Zeitpunkt, wo die Spindeln nach vollendeter Ausfahrt- und Nachdrahtperiode beginnen, stillzustehen. Weiter dürfte uns interessieren die Bewegung des Wagens, die mit der Borgarnlieferung teilweise übereinstimmen muß, und das Abschlagen selbst. Die Bewegung des Wagens wird von der Hauptwelle aus abgeleitet und zwar über Zahnräder, die teilweise auch auf den schon bekannten Zylinderantrieb wirken. Ueberlegt man sich, daß der Zylinderantrieb nach einer gewissen Ausfahrtslänge abgeschaltet wird, und daß aber der Wagen bis zur vollendeten Ausfahrt noch weiter fahren muß, so läßt sich leicht denken, daß die Wagensausfahrt, wenn der Zylinder abgestellt ist, wenn also das Garn verzogen wird, nicht mehr mit der Geschwindigkeit erfolgen darf, wie über die Ausfahrtslänge, während der Zylinder noch lieferte. Der Zweck des Verzugs ist, wie schon erwähnt, das Garn zu verzugmäßigem, dadurch, daß die dicken Stellen, die während der Ausfahrt weniger Draht angenommen haben, durch das Verziehen auseinandergezogen werden, bis sie etwa die gleiche Dicke der normalen Garnstellen haben und damit dann die gleiche Drehung annehmen, wie die normalen Garnstellen. Würde man nun den Wagen mit der gleichen Geschwindigkeit ausfahren lassen, nachdem das Streckwerk abgestellt ist, wie vorher, so wäre dieser Zweck des Verziehens nicht erreicht, denn die einmal angezogenen dicken Garnstellen hätten gar nicht mehr die Zeit, beim Dünnerwerden die Drehung des normalen Garns anzunehmen. Sondern sie würden eben vollends auseinandergleiten und wenn sie nicht gar bis zum Bruch kommen, so werden sie doch mindestens schwache Stellen ergeben. In dem Augenblick also, wo die Zylinder stillstehen, muß die Wagensausfahrtsgeschwindigkeit stark herabgemindert werden. Dies wird auf einfache Weise durch die Art der Wagensausfahrtschnecken erreicht. Die Wagensausfahrtschnecken, die beim Dreizylinderselfaktor zylindrische Schnecken sind, sind beim Streichgarnselfaktor als ein dicker und als ein dünner Teil ausgebildet. Abb. 1 soll eine Schnecke schematisch darstellen. 1 ist die Wagensausfahrtschnecke. Auf dieser sitzt die Ausfahrtschnecke 2, die zunächst die Dese 3 trägt, in die das Wagensausfahrtschnecken eingewunden wird. Dann kommt der kleine Teil der Ausfahrtschnecke 4. Von diesem steigt dann in einer Spiralförmigen Linie der Schneckenring zu dem dicken Teil 6 der Ausfahrtschnecke an. In der Verlängerung von 6 nach rechts sehen wir das Spiegelbild der gezeichneten Anordnung mit entgegengesetzten Schneckenrängen. Der Grund zu dieser Ausführung ist der, daß der Wagen ein Gegenzugteil erhält. Die eine Hälfte, in unserem Bilde die rechte, dient zum Wagenherausziehen. Die Dese, wo das Seil angeknüpft wird, liegt bei 7. Von der linken Hälfte wickelt sich dann das Gegenzugteil ab. Die Schnecken sind nun so eingestellt, daß in dem Augenblick, wo der Verzug eintritt, das Seil in der Rinne 5 läuft, wodurch dann bei gleichbleibender Geschwindigkeit der Wagenwelle, weil ja das Seil auf einen schwächeren Durchmesser aufgewickelt wird, eine Verlangsamung der Wagensfahrt eintritt. Sonst ist über die Wagenswelle nicht viel zu sagen. Der Antrieb erfolgt, wie schon erwähnt, durch ein Zahnrad. Die Wagenswelle, die natürlich nur bei der Ausfahrt in der Bewegungsrichtung sein

durch Federzug 11 zusammengehalten wird, umschlossen. (Die geteilte Ausführung ist deshalb gewählt, um bei einem nicht richtigen Eingreifen der Kuppelzähne einen Hebelbruch zu vermeiden.) Der Arm greift in die Führungsnut 12 der Kuppelungshälfte 13 ein, die in

schon öfters besprochener Weise mit der Mitnehmerscheibe 14 und der Gegentkupplung 15 in Eingriff gebracht wird. Die Gegentkupplung 15 nun ist mit einem Zahnrad 16 durch eine bei Störungen selbsttätig ausschaltende Wellenzahnkupplung 17 verbunden. Die Arbeitsweise der Wellenzahnkupplung ist folgende: Das Zahnrad 16 sitzt lose auf der Hülse 18, auf der auch die Kuppelungshälfte 15 sitzt. Die Wellenzahnkupplung 17 ist verschleißbar aber nicht verdrehbar auf der Hülse 18 und wird durch die Feder 19 gegen das Kuppelungsstück, das mit dem Zahnrad zusammengeklappt ist, gepreßt. Wird der Widerstand durch irgendeine Hemmung zu groß, dann wird durch die Wellenzähne das Kuppelungsstück 17 nach rechts gedrückt, wodurch dann die Bewegung unterbrochen ist und ein Wellenbruch vermieden ist. Damit

teilt, das mit dem Kuppelungszahnrad 4 in Eingriff ist. Mit 4 ist, wie wir übrigens schon gesehen haben, der konische Teil der Rutschkupplung 5 zusammengeklappt und dieser konische Teil hat als Gegentkupplung Leerscheibe 6 des Hauptantriebs, neben der, wie wir ja wissen, die Leerscheibe 7 sitzt. Das Zahnrad 4 mit Kuppelungshälfte 5 ist lose und verschiebbar auf die Hauptwelle 8 aufgesetzt. Die Hilfswelle und die Hauptwelle haben beide gleichen Dreh Sinn. Also hat das Zahnrad 4, das von der Hilfswelle über das Zahnrad 3 angetrieben wird, entgegengesetzten Dreh Sinn mit der Hauptwelle. Wenn nun die Kupplung 5 in die Gegentkupplung der



gen ist, wird, weil der Hebel 15 mit der Riemengabel verbunden ist, der Bolzen 14 freigegeben. Dann kann sich die Feder 16 auswirken. Die Kupplung wird damit eingedrückt. Die schon vorher besprochene Bremswirkung mit nachfolgender Rückwärtsbewegung ist damit eingeleitet.

Die Wollkämmereien und der Kammzughandel

Von Oberstudiendirektor Professor Möller, Reichenbach i. V.

Bis auf einen geringen Prozentsatz, der sich wegen seiner Kürze nicht dazu eignet und in die Streichgarnspinnereien wandert, wird die Wolle, nachdem sie sortiert, gewaschen, gekempelt und gestreift worden ist, zunächst gekämmt, wodurch man neben Kammlingen und Abgängen als Hauptprodukt Kammzug erhält.

Die Qualitätsunterschiede bei Kammzügen werden in England neben der Buchstabenbezeichnung auch durch Ziffern zum Ausdruck gebracht. Nachstehend einige Angaben hierüber in deutsch und englisch:

deutsch:	englisch:
Großbred B = 58er	Kammzug
" C 1 = 56er	"
" C 2 = 50er	"
" D 1 = 48er	"
" D 2 = 46er	"
" E = 44er	"

Die Wollkämmereien waren ursprünglich reine Lohnanstalten, deren Kunde vornehmlich der Händler war, der den Kammzug an die Kammgarnspinnereien weiterverkaufte. Heute kaufen die Wollkämmereien die Wolle für eigene Rechnung und liefern den daraus hergestellten Kammzug durch die Händler an die Spinner. Der Verkauf erfolgt auf Grund von kleinen Kammzugmustern, die die Qualität der ganzen Partie darstellen.

Der Terminhandel mit Wolle und Kammzug. Ähnlich wie im Baumwollhandel hat sich auch im Handel mit Wolle und Kammzug ein Terminhandel entwickelt.

Für Wolle hat man einen solchen seit 1887 in Havre und seit 1893 in Antwerpen, der aber von keiner Bedeutung ist. Für Zug wurde der Terminhandel in Antwerpen 1887, in Roubaix-Tourcoing 1888 und in Leipzig 1890 eingeführt, durch Beschluß des

Bundesrates vom 1. Juni 1899 aber in Leipzig wieder abgeschafft.

Ueber das Wesen und die Einrichtung des Terminhandels sei nach einem Bericht der Bremer Wollkämmerei in Blumenthal (Hannover) folgendes bemerkt:

Man unterscheidet im Warenhandel zwei Arten von Geschäften: den Abschluß in greifbarer Ware für sofortige Lieferung und das Zeit- oder Lieferungsgeschäft, bei dem der Verkäufer seinen Lieferungsverpflichtungen erst an einem späteren, bei Abschluß des Geschäfts festgesetzten Zeitpunkt nachzukommen hat.

Termingeschäfte sind ebenfalls Lieferungs-geschäfte. Während bei diesen im allgemeinen aber Käufer und Verkäufer alle nötigen Bestimmungen über Qualität der Ware, ihre Menge, die Lieferfrist usw. untereinander selbst vereinbaren, sind bei den Termingeschäften diese Punkte mit Ausnahme des Preises bereits ein für allemal festgesetzt, indem nur eine Qualität (der sog. Typ) gehandelt wird und hinsichtlich der Menge die Kontrakteinheit von 5000 Kilogramm (die Füllere) festgesetzt ist. Der Typ oder das Grundmuster besteht aus Lapplata-Merinozug, und zwar aus einer Qualität, die früher den größten Teil der Lapplata-schur ausmachte und viel gehandelt wurde. Es können aber auch Kap- und Austral-Merinozüge angehandelt werden; die Merinounterschiede gegenüber dem Grundmuster werden durch Expertise festgestellt.

Der Terminhandel, der durch die Abrechnungslisten bewirkt wird, dient verschiedenen Zwecken:

1. Dem wirklichen Kauf und Verkauf. Hat ein Spinner oder Händler für eine bestimmte Zeit Bedarf an Kammzug in der Feinheit des Typs, so braucht er nicht die Rohwolle

zu kaufen, um den Zug daraus selbst herstellen zu lassen; er braucht auch, wenn ihm der Preis oder die angebotene Ware nicht paßt, den Zug nicht im offenen Markt zu kaufen, sondern er kann sich im Termin eindecken. Oder der Händler, der Wolle gekauft hat, deren Zug sich für den Termin eignet, findet in diesem sofort einen Käufer für den Monat, in dem die Wolle eingetroffen und von der Kämmerei verkämmt worden ist.

2. Als Versicherung. Der Händler hat in dem im Abschluß igezeigten letzten Beispiel sein Risiko verringert, indem er sich im Voraus für seinen Zug einen gewissen Preis gesichert hat (er hat sich abgedeckt) und kann sich also neuen Unternehmungen zuwenden.

3. Der Spekulation. Die Mehrzahl der im Termin abgeschlossenen Geschäfte wird nicht in der Absicht bewirkt, die verkaufte Ware wirklich zu liefern oder die gefaufte zu empfangen, vielmehr ist ihr Zweck oft rein spekulativer Natur. Der Hausierer kauft, ohne daß er Bedarf an Kammzug hat, ja ohne daß er vielleicht der Wollbranche angehört, für entfernte Monate in der Erwartung, daß der Terminmarkt bis dahin steigt und er inzwischen seinen Besitz zu einem höheren Preise wieder verkaufen kann; der Hausierer verkauft für spätere Monate blando, weil er an einen Preisrückgang glaubt, der ihm gestattet, sich mit Gewinn wieder einzudecken. Da dies nicht erst am Tage des Ablaufs des Geschäfts, sondern bis dahin jederzeit erfolgen kann, so findet ein fortwährender Ausgleich seitens der Abrechnungsliste statt. Die Umsätze, die also in der Hauptsache nur auf dem Papier erschrinen, sind infolgedessen auch ganz gewaltige.

Dadurch, daß der Termin zum Spiel benutzt wird, wird sein eigentlicher Zweck teilweise beeinträchtigt, ja er kann eine Gefahr für das gesamte Wollgewerbe werden. Da natürlich die Spekulation nur an Preisänderungen verdient, so ist es selbstverständlich, daß es an Mitteln nicht fehlt, und diese auch angewandt werden, um die Preise zu beeinflussen.

